

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/121: 31.08.1989 – 31.12.1989

August 1989

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im August 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 über "das Deutsche Reich und seine völkerrechtlichen Grenzen" (x853/...): >>... Klarstellungen zu einem aktuellen Streit

Seit der CSU-Vorsitzende Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen von der offenen deutschen Frage sprach, zu welcher auch das endgültige Schicksal der Ostgebiete des Deutschen Reiches gehöre, ist hierzulande ein erbitterter Streit entbrannt.

Politische Gegner und aufgebrachte Kommentatoren werfen Waigel im Verein mit der kommunistischen Warschauer Regierung "revanchistische Gesinnung" und Anpassung an die "Republikaner" vor und forderten Bundeskanzler Kohl zu einer klärenden Stellungnahme auf. Dieser kam im Rahmen seiner Möglichkeiten dieser Aufforderung nach und warnte vor einer unersprießlichen Grenzdiskussion.

Mehr konnte Helmut Kohl auch nicht tun. Denn als Verfassungsorgan ist der Bundeskanzler an die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Und dieses hat in insgesamt 6 Urteilen (vom 23. Oktober 1952, 7. Mai 1953, 26. Februar 1954, 17. August 1956, 26. März 1957 und 31. Juli 1973) den Fortbestand des Deutschen Reiches über den Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht hinaus festgestellt.

Dabei ging es in Anlehnung an den Grundgesetz-Artikel 116 von "dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" aus. Zu diesem "Gebiete" gehörten im Osten Schlesien und Pommern ebenso wie Ost- und Westpreußen und sind daher nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts Bestandteile des Deutschen Reiches.

- Da nach der eigenmächtigen Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Sowjets und die Polen im Jahre 1945 die tatsächliche Hoheitsgewalt dort seit Jahrzehnten aber nicht mehr vom Deutschen Reich wahrgenommen werden kann, andererseits jedoch auch noch kein rechtsverbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, befindet sich die endgültige Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete in der Tat noch in der Schwebelage und gehört mithin zur offenen deutschen Frage.

Bundesfinanzminister Waigel bewegte sich daher mit seiner Aussage auf dem Schlesiertreffen völlig im Rahmen des Völkerrechts und der höchstrichterlichen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts. Jede Kritik an den Ausführungen des CSU-Vorsitzenden ist mithin auch ein Widerspruch gegen Völkerrecht und innerstaatliche Rechtspraxis, was in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik nicht unproblematisch ist. Noch bedenklicher erscheinen die Einwürfe gegen die Waigel-Rede vor dem Hintergrund der geschichtlichen Fakten.

Da ist nämlich Tatsache, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs in ihren grundlegenden Aussagen über Deutschland vom Deutschen Reich des Jahres 1937 ausgegangen sind. Das belegen die Dreimächtevereinbarungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien vom August und September 1944 ebenso wie eine von ihnen am 12. September 1944 abgezeichnete

Deutschlandkarte "Germany - Zones of Occupation".

Auf dieser Karte erstreckt sich Deutschland von Aurich bis Oppeln und von Freiburg bis zur Memel, umfaßt also eindeutig die deutschen Ostgebiete. Daran ändert sich auch nach der deutschen Kapitulation nichts, wie die Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 ausweist. Darin verkündeten England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, daß "Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird".

Illustriert wird dieses Deutschland-Bild von einer Karte, welche die amerikanische Besatzungszeitung für Bayern, "Münchener Nachrichten", am 28. Juli 1945 veröffentlichte. Als "Karte der endgültigen Zonen" stellt sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 vor und weist der "Russen-Zone" neben der heutigen DDR auch Pommern und Schlesien zu. Aus Platzgründen fehlt die Einzeichnung Ostpreußens.

So blieb die Deutschland-Definition als das Gebiet in den Grenzen von 1937 auch in den Nachkriegsjahren gültig - zumindest für die drei Westmächte. Diese bewirkten dann, daß der Parlamentarische Rat gleichfalls von einem solchen Deutschland ausging und den Grundgesetz-Artikel 116 entsprechend formulierte. Dieser Grenzbeschreibung folgte wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinen erwähnten Urteilen über die Gültigkeit des Reichskonkordates von 1933 und die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages von 1972.

Die im Moskauer Vertrag vom August 1970 und im Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 beschriebenen Grenzverläufe mit der namentlichen Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der polnischen Westgrenze und der innerdeutschen Grenze als Staatsgrenze beanspruchen nach dem Verständnis des Grundgesetzes keine Endgültigkeit, da sie nicht Bestandteil eines Friedensvertrags oder einer friedensvertragsähnlichen Regelung sind.

In diesem Falle hätten die beiden Ostverträge mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt werden müssen. Sie haben aber bekanntlich nur eine relative Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen und diese auch nur nach Annahme einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzten gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestages. ...<<

01.09.1989

BRD: Die Bundesregierung lehnt am 1. September 1989 den SPD-Antrag zur endgültigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie ab. Sie bestätigt aber den Warschauer Vertrag von 1970.

09.09.1989

DDR: Die am 9. September 1989 gegründete Bürgerbewegung "Neues Forum" erklärt (x303/-168): >>... Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen. ... Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. ...

Wir bilden eine politische Plattform für die ganze DDR, die es möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.<<

11.09.1989

Ungarn: Die ungarische Regierung läßt am 11. September 1989 die Grenzen nach Österreich öffnen.

Danach fliehen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

19.09.1989

Belgien: Die EG unterzeichnet am 19. September 1989 ein Wirtschaftsabkommen mit Polen.

25.09.1989

DDR: In Leipzig protestieren am 25. September 1989 rd. 5.000 DDR-Bürger für Reformen.

30.09.1989

DDR: Die Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" erklärt am 30. September 1989 (x303/168): >>... Wir leiden, weil wir (vom Staat und von der SED) nicht als mündige Bürgerinnen und Bürger behandelt werden. ...

Eine Minderheit maß sich das Recht auf Wahrheit an. Die machtstützenden Organe entziehen sich der öffentlichen Kontrolle. Schulen und Hochschulen, Wissenschaft und Kunst werden von Ideologen beherrscht.

Von unseren Nachbarn sind wir durch eine menschenverachtende Mauer getrennt. Wir dürfen nicht reisen, wohin wir wollen. ...

War das unser Traum von der Freiheit des Menschen? ...<<

02.10.1989

DDR: In Leipzig wird am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

06.10.1989

DDR: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow fordert die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

07.10.1989

DDR: Der Pfarrer der Leipziger Nicolaikirche berichtet am 7. Oktober 1989 (x303/169): >>... Von unserer Wohnung aus wurden wir Zeugen des gewaltsamen Polizeieinsatzes, den wir persönlich erlebten, gegenüber einer wehrlosen, gewaltlosen Menschenmenge, die erstaunlicherweise dennoch keine Angst zeigte.

Das Einschlagen auf wehrlose, bereits festgenommene Menschen hat uns um so mehr entsetzt, da wir solches Vorgehen staatlicher Organe bisher nicht kannten.<<

09.10.1989

DDR: In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt ...").

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1990) berichtet später über diese Demonstration in Leipzig (x298/241): >>Eine seltsame Spannung liegt an diesem nach welkem Laub und Braunkohle riechenden 9. Oktober über der Stadt.

Gerüchte schwirren: Die Betriebskampfgruppen, so daß härteste, haben für heute Schießbefehl erhalten. Mit Blaulicht umkurven lange LKW-Kolonnen, beladen mit Volkspolizei, den Ring, der die Leipziger Innenstadt einfaßt.

In der Nikolaikirche, wo montags um 17 Uhr das traditionelle Friedensgebet beginnt, ist bereits eine halbe Stunde zuvor nicht einmal mehr ein Stehplatz frei. Vor der Kirche wird die Menge immer dichter. Sie schweigt.

Um sechs, als die Nikolaikirche die 3.000 Frommen und Neugierigen entläßt, die drinnen Platz gefunden haben, ist der Karl-Marx-Platz schwarz von Menschen, 20.000 mindestens. Zaghafte erste Rufe: "Gorbi, Gorbi", "Demokratie jetzt".

Plötzlich ohne erkennbare Regie, setzt sich der Zug von der Nikolaikirche in Bewegung. "Schließt euch an, schließt euch an", skandieren die Marschierer.

Als die Spitze der Kolonne den Platz der Republik vor dem Leipziger Hauptbahnhof erreicht, sind dem Ruf rund 70.000 gefolgt.

Junge Leute und ältere, Männer mit langen Haaren und solche mit akkuratem Messerschnitt. "Gorbi, Gorbi", schallt es zu den Häuserfronten hoch und vom Beton verstärkt, zurück. Auch ältere Ehepaare, den obligaten Einkaufsbeutel am Handgelenk, klatschen dazu rhythmisch in die Hände: "Wir sind das Volk, wir sind das Volk."

Die Vopo ist kaum zu sehen. Die Stasi hat sich verkrümmelt. Hinter verschlossenen Bahnhofs-türen stehen einige Dutzend martialische Gestalten mit Helmen und Knüppeln, das ist alles.

Doch die Demonstranten gucken nicht einmal hin. Der Lindwurm kriecht um die Stadt, die Parolen wiederholen sich: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", "Keine Gewalt", und immer wieder "Gorbi, Gorbi".

So plötzlich, wie sich der Zug gebildet hat, löst er sich auf. "Heute waren wir 70.000", sagt einer um die 50 selbstbewußt und angstfrei, "nächsten Montag werden es 100.000 sein". ...<<

16.10.1989

DDR: Mehr als 120.000 Demonstranten ziehen am 16. Oktober 1989 durch Leipzig.

18.10.1989

DDR: Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) tritt zurück und wird am 18. Oktober 1989 durch Egon Krenz abgelöst.

23.10.1989

DDR: In Leipzig fordern am 23. Oktober 1989 rd. 300.000 Menschen freie Wahlen und demokratische Reformen.

Oktober 1989

DDR: Die deutsche Schriftstellerin Christa Wolf (1929-2011) schreibt im Oktober 1989 in der "Wochenpost" (x298/235): >>Vor vierzehn Tagen nach einer Lesung in einer mecklenburgischen Kleinstadt, beschwor ein Arzt die Anwesenden, ... jeder sollte jetzt an seinem Platz wenigstens offen und deutlich seine Meinung sagen, sich nicht einschüchtern lassen und nichts gegen sein Gewissen tun. In die Stille nach seinen Worten sagte leise und traurig eine Frau: "Das haben wir nicht gelernt."

Zum Weitersprechen ermuntert, erzählte sie von dem politisch-moralischen Werdegang ihrer Generation – der heute knapp Vierzigjährigen – in diesem Land: Wie sie von klein auf dazu angehalten wurde, sich anzupassen, ja nicht aus der Reihe zu tanzen, besonders in der Schule sorgfältig die Meinung zu sagen, die man von ihr erwartete, um sich ein problemloses Fortkommen zu sichern, das ihren Eltern so wichtig war. ...

Nun sagte diese Frau, könne sie doch nicht auf einmal "offen reden", ihre "eigene Meinung sagen". Sie wisse ja nicht einmal, was ihre eigene Meinung sei.

Ein erschütternder, wenn auch nicht überraschender Befund. ...<<

BRD: Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtet im Oktober 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>**Die Wunde gegenüber Polen**

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:

Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. ...

1. Die knappe, ausgewogen-objektive Darstellung ist um so besser geeignet, treffend die bis zum verhängnisvollen, schändlichen Diktatvertrag von Versailles zurückreichende, dort vorgeprogrammierte Geschichte der mit Hilfe des deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarn wiederentstandenen polnischen Staatlichkeit zu verstehen.

Versailles und seine Folgen traten die so hehr und feierlich von Präsident Wilson als Kriegsziel proklamierten Selbstbestimmungsrechte der Völker mit Füßen. Polen und die Tschechoslowakei, Begünstigte und Nutznießer solcher Zerstückelungspolitik, entwickelten – sich sofort militärisch hoch aufrüstend - daher eine Unterdrückungspraxis gegenüber den ihnen zuge schlagenen Minderheiten. Polen verfolgte darüber hinaus von Anfang an eine Gewalt-, Kriegs- und Blutpolitik, die auf Eroberungen im imperialistischen Stil aus war. Man denke an den Krieg gegen Rußland (Vorstoß bis etwa Kiew) 1920/1921, als dies durch Revolution und Weltkriegsniederlage geschwächt war (das "Wunder an der Weichsel" wurde v.a. durch die Hilfe der Franzosen gemacht).

Man beachte die mehrfachen Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland

in den Jahren 1930 bis 1933, zu einer Zeit, da Deutschland militärisch ganz schwach und unterlegen war. Die "Provozierende Arroganz" jener Politik steigerte sich in und durch Außenminister Oberst Beck.

Die geschichtliche Wahrheit gebietet, die Haltung Hitlers gegenüber Polen zu erinnern. "Trotz der am 6. März 1933 von den Polen mit dem Kriegsschiff "Wilja" in Danzig durchgeführten Provokation und obwohl ihm Sachverständige des Auswärtigen Amtes und der Reichswehr davon abrieten, entschloß sich Hitler zu einer polenfreundlichen Politik ...

Die Bemühungen Hitlers zeitigten schon im nächsten Monat den ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg. Pilsudski berief am 30. Mai 1933 Jozef Lipski zum polnischen Botschafter in Berlin ... Lipski war in Deutschland aufgewachsen und begünstigte die Politik einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit" (aus dem außerordentlich instruktiven, sehr um Objektivität bemühten 2-bändigen Werk des führenden deutschen Offiziers der Abwehr Oskar Reile: Der deutsche Geheimdienst im II. Weltkrieg, Bd. I Ostfront. Die Abwehr im Kampf mit den Geheimdiensten im Osten, Weltbild Verlag Augsburg, 1989, hier S. 116 ff. "Kriegsgefahr im Jahre 1933").

2. Als Hitler am 19. Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat, weil man Deutschland auf der Abrüstungskonferenz in Genf die Gleichberechtigung verweigerte (die polnischen und französischen Vertreter stimmten gegen die Gleichberechtigung Deutschlands) kam es erneut zur Krise. Marschall Pilsudski plante einen Krieg gegen das Reich, solange es noch schwach war. Er bemühte sich, Frankreich für eine aktive Beteiligung zu gewinnen. "Die im Zusammenhange damit von der deutschen Abwehr in Polen durchgeführte Erkundung führte zum Ergebnis, daß die Lage sehr ernst sei und mit der Möglichkeit eines polnischen Angriffs auf Deutschland gerechnet werden müsse." (O. Reile, a.a.O., S. 117).

Hitler bemühte sich erneut um Ausgleich. Nach längerem Zögern von polnischer Seite wurde am 26. Januar 1934 ein deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag unterzeichnet.

Dennoch: "Die Deutsche Militärische Abwehr konnte im Sommer 1933 an Hand beschaffter Geheimdokumente melden, daß der polnische Aufmarschplan gegen Deutschland aufgestellt sei und Pilsudski seit dem Frühjahr nur auf die Zustimmung Frankreichs warte, um losschlagen zu können. Im Dezember 1933 wies die Abwehr die Berliner Ministerien ferner daraufhin, daß Polen im Begriff war, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu festigen ." (O. Reile, a.a.O., S. 118).

3. Jozef Beck spielte die entscheidende kriegstreibende, verhängnisvolle Rolle als polnischer Außenminister, insbesondere nach dem Tode von Marschall Pilsudski 1935. "Unter seiner Leitung kam es zur Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption Polens gegenüber Deutschland, die geradezu als teuflisch bezeichnet werden muß." (Reile, S. 102). "Mehr und mehr entschied sich Beck für die Thesen des Historikers Adolf Bochenski, der eine Politik des Blutvergießens als die einzig richtige für Polen verkündete.

Ihm schwebte vor, mit Hilfe der Westmächte Europa erneut in einen großen Krieg zu stürzen. Da der Erste Weltkrieg Polen die Selbständigkeit und einen Teil der ursprünglich polnischen Gebiete gebracht habe, sei zu hoffen, daß ein zweiter großer Krieg Polen auch noch die restlichen Gebiete bescheren werde, auf die es Anspruch erheben könne." (O. Reile, S. 213).

Winston Churchill schreibt in: Der Zweite Weltkrieg (Hamburg 1949-1952), I, 5.193: "Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß ein Volk, das jede heroische Tugend besaß, dessen Individuen begabt, tapfer und liebenswert sind, wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging."

Und der Danziger Völkerbundshochkommissar Carl J. Burckhardt schrieb in einem Bericht vom 20.12.1938 über die Polen:

"Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld hat. Sie sind

ruhmsüchtig und kennen darin kein Maß." (Freund, Michael: Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1938-1939, Bd. 1, Freiburg 1954-1956, S. 394).

Über die Stimmung bei den Polen, die einer zum Krieg und zur Gewalt treibenden Hysterie gleichkam (auf deutscher Seite gab es nichts Vergleichbares, vielmehr Ernst, Besorgnis, große konzentrierte Ruhe), schrieb derselbe Burckhardt am 5.7.1939 an Roger Makius, einen britischen Völkerbundsdelegierten in Basel:

"Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer unvermeidlichen Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis von alledem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt ..." (Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, S. 318).

4. In seiner lesenswerten Dokumentation "Das Jahrhundert der Lüge - Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, mit einem Vorwort von Prof. Hellmut Diwald", Arndt-Verlag Kiel 1989 (dem Buch sind die o.a. Zitate entnommen), schreibt Hugo Wellem:

"Seit der polnischen Teilmobilmachung am 23.3.1939 sowie dem Erhalt der einseitigen britischen Garantieerklärung vom 31.3.1939 war Polen gegenüber dem Deutschen Reich betreffs Regelung des Korridor- und Danzig-Problems nicht mehr wirklich verhandlungsbereit.

Der Völkerbundskommissar für Danzig, Burckhardt, schrieb: "April 1939 sind für Polen die Würfel gefallen". Bestärkt durch Großbritannien und die USA glaubten die Polen, zwischen den "Riesen" Deutschland und Sowjetunion selbständige Großmachtspolitik betreiben zu können." (S. 124)

Der Historiker Michael Freund schrieb über die Intransigenz der Polen in den entscheidenden Wochen vor dem 1.9.1939: "Ihre (die polnische) Diplomatie war wie die Angriffe ihrer Reiterei auf deutsche Panzer. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Großspürigkeit. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hat." (Deutsche Geschichte, München 1979, S. 1.296).

5. Kurz: die gängige Rede vom unprovokierten Überfall der Deutschen auf ein (was der Ausdruck ja impliziert) friedlich-argloses Polen entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Das Kalkül der Briten (balance of power), hinter denen - antreibend und unterstützend - die Roosevelt-Administration (aus ideologischen und Machtgründen) stand, begleitet von den Franzosen, ließ die Polen hoffen, nach einem Weltkrieg, den sie deshalb bewußt riskierten, Vorteile im Sinne neuerlichen Landgewinns kassieren zu können.

Das Ziel war keineswegs Verteidigung sondern Angriff Sieg und Eroberung zum Zwecke imperialistischer Machterweiterung. Aber diese ziemlich zynische Rechnung ging nicht auf. Als Hitler - nach Erschöpfung aller Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten - am 1. September 1939 die Wehrmacht einmarschieren ließ und deswegen die Westfront fast völlig entblöbte, hielt Frankreich (mit einer Streitmacht von 6 Millionen Soldaten) völlig still. Ein Angriff in diesen Tagen hätte das Ende des Krieges bedeutet. Aber die Franzosen wollten in Wahrheit nicht "für Danzig sterben".

Der spätere General Nikolaus von Vormann schreibt in seinen lebendig die entscheidenden Tage schildernden Erinnerungen "So begann der Zweite Weltkrieg. Zeitzeuge der Entscheidungen - Als Offizier bei Hitler 22.8.1939 - 1.10.1939", Druffel-Verlag Leoni 1988, S. 104: "Die Lage im Westen war grotesk, ohne jeden Vorgang in der Kriegsgeschichte. Die französische Regierung hatte den Krieg erklärt und augenscheinlich verweigert das Heer, also das Volk, die Gefolgschaft. Es war noch kein scharfer Schuß gefallen ... Bei Saarbrücken zeigten die Franzosen große Spruchbänder "Von uns fällt der erste Schuß in diesem Krieg nicht".

Mit englischen Truppen bestand keine Berührung ... Französische Überläufer erklärten, daß

die vordersten Postierungen nicht scharf geladen hätten und auch nicht laden dürften."

6. Über Frankreichs ziemlich unrühmliche, die Polen täuschende und im Stich lassende Taktik schreibt er: "In erstaunlichem Widerspruch zu diesem Zustand standen die französischen Heeresberichte. Sie meldeten schwere Kämpfe und ließen zwischen den Zeilen diese als Einleitung baldiger großer Operationen durchschimmern. Für dieses merkwürdige Verhalten schien mir eine einzige Erklärung möglich zu sein: Frankreich war bemüht, den Anschein zu erwecken, daß es getreulich seinen Vertragsverpflichtungen nachkam, es war aber nicht gewillt, wirklich zu kämpfen. ...

Es war durchaus zu erwarten, daß Polen voller Vertrauen auf seinen Verbündeten bis zum Verbluten kämpfte. Das entsprach durchaus polnischer Mentalität. Die Sowjets haben noch 1944 dasselbe Spiel wiederholt und in kluger Berechnung dieser geistigen Einstellung im August den großen Aufstand in Warschau inszeniert. Sie haben ihren Vormarsch dann gestoppt und abgewartet, bis wir für sie die Nationalisten erledigt hatten." (S. 115). "Es müssen bei der polnischen Führung weitgehende Versprechungen und eine wahrheitswidrige Orientierung über die Entwicklung im Westen vorgelegen haben."

Wie die Polen also die Briten/Franzosen für ihre Großmachtträume benutzen wollten, so haben die Franzosen sie bluten lassen, bis sie als Vertragspartner verschwunden waren. Und die Engländer haben sie später bei Monte Cassino für sich und die Amerikaner verbluten lassen. Hitlers Kriegswille war wiederum Stalin willkommen, der anstrebte, als Letzter auf den Plan zu treten, um die Hauptbeute einstreichen zu können. Am Ende hatten sich alle blutreich getäuscht.

Man sollte meinen, daß die Rachesaat von Versailles und das chauvinistische Kalkül mit seinem furchtbaren Scheitern die Mitschuldigen endlich zur Besinnung brächten. Aber davon kann keine Rede sein.

7. Die haßerfüllten brutalen Vertreibungen vor und nach Ende des Krieges - Deutsche durch Polen - hat die Wunde Polen erneut blutend aufgerissen. "Im Zuge von Flucht, Vertreibung sowie Verschleppung in die Sowjetunion sind 2,8-3 Millionen Menschen teils durch Verbrechen, teils durch Hunger, Seuche und Erschöpfung zu Tode gekommen." (Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, herausgegeben von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Herbig Verlagsbuchhandlung München-Berlin 1986, S. 66). Der Autor schreibt S. 34 ff.:

"Der Tod bei Flucht und Vertreibung wurde billigend in Kauf genommen - rechtlich gesehen ein Fall des bedingten Vorsatzes (*dolus eventualis*), der dem *dolus directus* gleichgestellt ist. Auch bei den NS-Verbrechen haben Wissenschaftler untersucht, welcher Prozentsatz der Opfer gezielt getötet wurde und wie viele "an Überarbeitung, Seuche, Hunger und Elend" zugrunde gingen, ohne daß deswegen die Gesamtzahl der Opfer relativiert worden wäre.

Nicht zu übersehen ist ferner, daß Vertreibungen als solche auch nach Auffassung der Alliierten Verbrechen darstellten. Schon am 17. Oktober 1942 hatte das polnische Exilkabinett in London ein Dekret gebilligt, das im Hinblick auf die Umsiedlungsaktionen Hitlers und Stalins in Polen für Deportation die Todesstrafe vorsah. Tatsächlich erklärte dann am 8. August 1945 der Londoner Vertrag über die "Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse" Deportationen aller Art zu Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Titel II, Art. 6, Buchst. b und c des Status zu Art. 2 des Vertrages). Eine Verfolgung alliierter Täter war in dem Vertrag allerdings nicht vorgesehen.

Am 30. September und 1. Oktober 1946 verurteilte das Internationale Militärtribunal von Nürnberg mehrere führende Nationalsozialisten zum Tode. Einige von ihnen waren u.a. des Versuchs für schuldig befunden worden, in gewissen annektierten Gebieten "den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen".

Zu diesem Zweck - so hatte schon die Anklageschrift ausgeführt - "deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner ... und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete". Dazu stellt das Urteil ergänzend fest: "Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ... waren Teil eines Planes, sie zu beseitigen und ihr Gebiet für deutsche Siedlungszwecke frei zu machen." –

Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220 a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.

Unter diesen Aspekten dürfte es kaum zu vermeiden sein, sämtliche Menschenopfer im Rahmen der Vertreibung als Verbrechenopfer zu betrachten."

8. Man kann nicht umhin, sich klarzumachen, daß die nun seit Jahrzehnten hartnäckig, barbarisch, gewalttätig und blutig durchgesetzte polnische Minderheitenpolitik, insbesondere gegenüber den Deutschen, eine Schande ist. Auch auf diesem Hintergrund ist der, selbst von hohen kirchlichen Personen Polens gepflegte polnische Unschuldswahn (auf seine mehr messianisch-katholisch-politische Weise ähnlich der Hitler'schen Devise: gut ist, was dem Volke nützt) entweder reiner Macht-Zynismus oder - viel wahrscheinlicher - eine bis zum Wirklichkeitsverlust gehende echte (tiefenpsychologisch aufzufassende) Verdrängung.

Wir Deutsche haben gelernt, das Verhängnis der nationalsozialistischen Ideologie zu erkennen. Die deutschen Katholiken haben ihm - geführt von ihren Bischöfen, bestärkt von Papst Pius XI. - widerstanden. Auch unsere Mitschuld am Kriege, insbesondere das unverantwortliche Hasardspiel Hitlers mit seinem Volk; erst recht seine verbrecherischen neodarwinistischen Rassenwahn-Aktionen lasten auf uns, die wir zu haften haben. Kann aber Versöhnung reifen durch ein interessiertes dauerndes Alleinschuld, Anerkenntnis fordern, um dann von daher endlose Milliardenforderungen zu erpressen? Noch dazu in ein "Faß ohne Boden"?

"So wird die angebliche Alleinschuld Deutschlands instrumentalisiert, um alle etwaigen Forderungen nach Wiedergutmachung des entsetzlichen Unrechts, das dem deutschen Volk nach 1945 widerfahren ist, im Keime zu ersticken. Das Argument von der deutschen Alleinschuld muß dazu herhalten, den Fortbestand der völkerrechtswidrigen Fremdbesetzung deutschen Staatsgebietes und die Mauer quer durch die deutsche Hauptstadt zu rechtfertigen.

Das Argument von der deutschen Alleinschuld wird angeführt, um ... sogar das System von Jalta und Potsdam, also die Fremdbestimmung eines ganzen Kontinents, mit dem Schein des Rechts zu versehen." (Helwig, Adolph – Auffenberg - Komarow in seinem Vorwort zu der von Prof. Berthold Rubin herausgegebenen Dokumentation: War Deutschland allein schuld? Der Weg zum Zweiten Weltkrieg, DSZ-Verlag München 60, 1988).

9. Monsignore Ulrich Paul Lange bezieht sich in einer Besinnung aus gegebenem Anlaß auf "Das Apostolische Schreiben des Papstes zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns" (Deutsche Tagespost Nr. 103, Seite 4, Dienstag, den 29. August 1989).

Er schreibt: "Natürlich gibt es da nur einen Schuldigen, die Deutschen und ihre Verbündeten. Natürlich haben die Deutschen auch hier die Polen "überfallen". Natürlich wird nur die Zeit von 1939 bis 1945 berücksichtigt. Für den Papst gibt es nur "sechs furchtbare Jahre"; daß noch 1946 und 1947 viele Millionen deutsche Menschen gequält, gepeinigt, unterdrückt, vertrieben und ermordet wurden, scheint ihm entgangen zu sein.

Nur mit Beklemmung kann man lesen: "Nach 1945 sind wir (der Papst und die Staatsmänner, an die er sich wendet) Zeugen und Teilnehmer an lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen geworden, um Europa in materieller wie geistiger Hinsicht wieder aufzubauen" (DT,

S. 5).

Die Vertreibung und die damit verbundenen Verbrechen werden vom Papst mit einem Satz als "gewaltsame Umsiedlung von Volksgruppen" erwähnt, wobei man nicht einmal weiß, ob damit die fast 12 Millionen Deutschen, 6.944.000 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, 2.921.000 aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei und die anderen aus den übrigen Ländern gemeint sind (vgl. "Ostdeutschland", herausgegeben vom Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften ... Königswinter, 1982, S. 56).

Wenn der Papst gleichzeitig die Menschen einlädt "Vorurteile zu überwinden", weiß man eigentlich nicht, was dies bei seiner eigenen einseitigen Betrachtungsweise bedeuten soll. Mit Recht nennt der Papst "die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat" beim Namen. Der fürchterliche Antisemitismus in Polen bleibt unerwähnt.

Der "nucleare Holocaust von zwei japanischen Städten" wird nicht verschwiegen, der Holocaust der sich zu Hunderttausenden in Dresden drängenden Flüchtlinge, "als britische und amerikanische Bomber am 13. und 14. Februar 1945 ihre tödliche Fracht über der Stadt entladen und mehr als 250.000 Menschen töteten - soviel wie die Vereinigten Staaten insgesamt im Zweiten Weltkrieg verloren und mehr als der Atombombenangriff auf Hiroshima an Menschenleben kostete", (Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, ... Arget, S. 14), wird nicht erwähnt.

Bei allem Respekt vor dem Amt des Papstes muß man doch feststellen: Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist seines Amtes nicht würdig! Er liegt ganz offensichtlich immer noch auf der Linie des Hirtenschreibens der polnischen Bischöfe vom 10. Februar 1966 an die Gläubigen in Polen, wo sie ihre angebliche Versöhnungsbereitschaft mehr als relativierten. Wörtlich heißt es da: "Wir sagten: Wir bitten um Vergebung. Hat die polnische Nation einen Grund, unsere Nachbarn um Vergebung zu bitten? Sicherlich nicht." (O. Golombek, Die katholische Kirche und die Völkervertreibung, Köln 1966, S. 230-237.)

"Was sollen auf diesem Hintergrund Mahnungen und fromme Floskeln für die jeweils anderen? Ein Papst sollte eigentlich, ganz egal woher er kommt, über den Parteien stehen." Soweit Monsignore Lange.

10. Es hat schon sehr befremdet, daß der Papst den polnischen Insurgenten Korfanty, der mit seinen Banden mitten im Frieden in Oberschlesien Terrorangriffe mit brutalen Morden anzettelte, auf dem Annaberg wie einen Nationalheiligen feierte. Was indes bei einer großen Jugendkundgebung auf der Danziger Westernplatte zu hören war, erscheint wie das Zeichen eines völlig unabgeschwächten katholisch-polnischen Chauvinismus.

Man erinnere sich, daß auf der dem Danziger Hafen vorgelagerten Halbinsel Westernplatte provokativ von den Polen ein Munitionslager eingerichtet und schwer befestigt wurde. Dort beschloß zu Beginn des Krieges (1.9.1939) ein deutsches Kriegsschiff die polnischen Geschützstellungen. Die Polen wehrten sich tapfer, aber sinnlos.

Am 12. Juni 1987 nun wird hier dem Papst ein martialischer Empfang gegeben. Ein Kriegsschiff feuert 21 Schuß Salut, General Jaruzelski hatte Befehl gegeben ("als Oberbefehlshaber der Streitkräfte"), daß die Fahne gehißt wird und alle Kriegsschiffe ihre Sirene ertönen lassen. Und dann sagte der Papst der polnischen Jugend: "Auch jeder von euch, junge Freunde, findet in seinem Leben seine Westernplatte: Eine Dimension der Aufgaben, die er übernehmen muß, eine gerechte Sache, für die er kämpfen muß ..." (Die Welt vom 13.6.87).

In einer seltsam imperialen Geographie sprach er von der Ostsee als dem "polnischen Meer" und vor dem Westernplatte-Ehrenmal mahnte er, "sich stets der Herausforderung dieses Symbols zu stellen".

Nun: drei Tage später, am 15. Juni 1987, wurde der Tender "Nekkar" der Bundesmarine bei der samländischen Küste, in der Höhe von Pillau, ohne jede Warnung von sechs Einheiten der polnischen Marine mit den verfügbaren Rohrwaffen (30 mm-Revolver-Kanonen und 76 mm-

Geschütze) scharf an Bug und Heck beschossen. Acht Treffer zählte die Besatzung und über 200 Splitter-Einschläge. Es gab drei Verletzte. Nach allen Umständen fiel es schwer, an ein "Versehen", an einen "Zufall" zu glauben. Also auch heute noch, mit anheizend-patriotischen Reden möglicherweise Spiel mit dem Feuer!

11. Wir sind der Meinung, daß nur die volle ganze Wahrheit, ohne Verschweigen, Aufbauschen, Verharmlosen Grundlage einer Versöhnung sein kann. Auschwitz wird schon fast routinemäßig seit Jahrzehnten besucht und zwecks Anklage der Deutschen genutzt. Wie wäre es, wenn auch mal eines der polnischen KZs, z.B. Lamsdorf wo tausende Deutsche umgebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren, eine viel und regelmäßig von Polen besuchte Stätte des Gedenkens und der Erschütterung über soviel kriminelle Energie eines doch frommen Volkes würde?

Am 22. April 1947 richteten die bayerischen Bischöfe einen Aufruf "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen." Darin heißt es: "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:

"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte. Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen."

In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderwegen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.

Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln. Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen ..."

12. Die überaus gerechtdenkende, faire, auf naturrechtlichen Prinzipien aufgebaute Polenpolitik des Zentrums, repräsentiert von Prälat Kaas, über die hier Prof. May berichtet, hat also - nach wie vor - exemplarische Bedeutung. Sie könnte, in Kirche und Politik, bewahren vor wirklichkeits- und wahrheitsenthobenem, einseitigem oder gar interessiertem Moralismus, vor Leicht- und Gutgläubigkeit aus Ignoranz und falschem "schlechtem Gewissen", aber auch vor mangelnder Unterscheidung zwischen Tätern, Ideologen und Opfern.

Weder Polen-Euphorie noch abschätzige Gleichgültigkeit sind angemessen. Aber auch nicht jene polnische Naivität, die meint, alle Welt müsse jetzt Milliarden schenken, weil Polen angeblich am meisten gelitten habe. Die genannten Zahlen sind oft Phantasie-(symbolische) Zahlen, nicht selten von Stalin übernommen. Auch wird die Eigenverantwortung für den

Bankrott der "polnischen Wirtschaft", trotz verschleuderter Milliarden, nicht zurückgezahlter Schulden und Zinsen, übersehen. Uns allen ziemt immer erneute Selbstreinigung und faires wechselseitiges Gelten lassen.

Kaas war kein einseitig nach Westen blickender Politiker; er beobachtete auch den Osten. Allerdings war der Fachmann für Fragen des deutschen Ostens, vor allem Oberschlesiens, in der Zentrumsfraktion Karl Ulitzkal. Bei ihm lag die Ostpolitik in guten Händen. Dennoch hat sich auch Kaas deutlich dazu geäußert und einen eigenen Beitrag geleistet. ...<<

04.11.1989

DDR: Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrieren am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820).

Es ist die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfindet.

Während dieser Demonstration am 4. November 1989 halten bekannte Persönlichkeiten auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz leidenschaftliche Ansprachen (x298/242): >>... (Stefan Heym, Schriftsteller:) Liebe Freunde, Mitbürger, es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. Welche Wandlung! (Klatschen)

Vor noch nicht 4 Wochen die schön gezimmerte Tribüne hier um die Ecke mit dem Vorbeimarsch, den Bestellten vor den Erhabenen! (Applaus)

Und heute – heute Ihr, die Ihr Euch aus eigenem freien Willen versammelt habt, für Freiheit und Demokratie und für einen Sozialismus, der des Namens wert ist. ...

Einer schrieb mir, und der Mann hat recht, wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen. (Applaus)

Und das, Freunde in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren. Und wo die Leute immer gekuscht haben. Unter dem Kaiser. Unter den Nazis. Und später auch. (Starker Applaus)

Aber sprechen, frei sprechen, gehen, aufrecht gehen – das ist nicht genug. Laßt uns auch lernen zu regieren. (Applaus)

Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei. (Starker Applaus)

(Christa Wolf, Schriftstellerin:) Zu Huldigungsvorbeizügen ... werden wir keine Zeit mehr haben. (Starker Applaus)

Dies ist eine Demo, genehmigt, gewaltlos. Wenn sie so bleibt bis zum Schluß, wissen wir wieder mehr über das, was wir können. Und darauf bestehen wir dann. (Starker Applaus)

Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei. (Zurufe, Klatschen, starker Applaus)

Alles nicht von mir. Das ist literarisches Volksvermögen. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk! (Starker Applaus)

Eine schlichte Feststellung, und die wollen wir nicht vergessen. (Applaus)

(Steffie Spira, Schauspielerin:) Ich wünsche mir für meine Enkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und das keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeigehen. (Starker Applaus)

Ich habe noch einen Vorschlag: Aus Wandlitz (Waldsiedlung der führenden SED-Politbüromitglieder) machen wir ein Altersheim! (Starker Applaus)

Die über 60- bis 65jährigen können jetzt schon dort wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue – Abtreten! (Starker, langanhaltender Applaus) ...<<

09.11.1989

DDR: Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündet am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.

Ein Journalist berichtet damals über die Nacht vom 9./10. November 1989 in Berlin (x303/170): >>Bald wird die Grenze geöffnet. Das passiert kurz nach Mitternacht. Die ersten DDR'ler kommen zu Fuß, viele sind verwirrt, sagen: "Hoffentlich kann ich auch wieder zurück ..."

Durch ein Gatter drängen sie in den Westen, bejubelt von der wartenden Menge. Sie werden umarmt und mit Sekt übergossen. ...

Wir versuchen zum Brandenburger Tor zu kommen. Es ist etwa 3 Uhr (nachts). Das Tor ist grell erleuchtet – von den Scheinwerfern der TV-Teams.

Auf der Mauer stehen die Leute dicht an dicht. "Das Geilste von allem war", schreit jemand, "wie wir vorhin durchs Brandenburger Tor jeloofen sind – ick hab det Ding sogar anjefaßt".

...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen.

Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...

Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederholten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre. Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.

Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampfflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?

... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampfflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<

10.11.1989

DDR: Ein 16jähriges Mädchen aus Thüringen berichtet am 10. November 1989 über ihre ersten Eindrücke im Westen (x303/170): >>Am Tag vor unserer (ersten) Fahrt in den Westen war ich so aufgeregt wie selten. Allerdings muß ich zugeben, daß ich alles sehr materialistisch sah. Die gewonnenen Freiheiten waren mir so ziemlich egal. Ich freute mich nur auf das Schlaraffenland.

Für mich stand nicht einmal außer Frage, daß sich der reiche Westen um uns kümmern würde. Vielleicht würde ich ja jeden Tag Apfelsinen bekommen oder die herrlichen Süßigkeiten aus der Werbung? ...

In einer kleinen Stadt machten wir Rast. Zum ersten Mal in meinem Leben sah ich westdeutsche Geschäfte und Schaufensterauslagen. Aber was ich sah, übertraf meine kühnsten Träume! Konnte das Wirklichkeit sein?

Vor Staunen bekam ich meinen Mund schon nicht mehr zu. Alle Geschäfte hatten geschlossen, sonst hätte ich garantiert mein ganzes Geld dort ausgegeben. ...<<

12.11.1989

DDR: Die Bürgerbewegung "Neues Forum" erklärt am 12. November 1989 (x303/171): >>... Eure spontanen und furchtlosen Willensbekundungen im ganzen Land haben eine friedliche Demonstration in Gang gesetzt ... und die Mauer durchbrochen.

Auf diesen Tag haben wir fast 30 Jahre gewartet! Mauerkrank haben wir an den Gitterstäben des Käfigs gerüttelt. Die Jugend wuchs in dem Traum auf, einst frei zu werden und die Welt zu erfahren. Dieser Traum wird jetzt erfüllbar sein: Es ist ein Festtag. ...

Fordert die Erfüllung der politischen Reformen. ... Verlangt freie Wahlen für eine echte Volksvertretung ohne vorgeschriebene Führungsrolle, verlangt ein Verfassungsgericht, verlangt die Freiheit des Wortes und der Presse, eine Justizreform, eine Bildungsreform, unabhängige Gewerkschaften.<<

13.11.1989

DDR: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (46/1989) berichtet am 13. November 1989 über das Ende der DDR: >>Eine friedliche Revolution

Berlin als freie Stadt: Kurz nachdem die neue SED-Führung ihren Bürgern panikartig nach 28 Jahren Reisefreiheit gewährte, überrannten Bürger aus Ost und West die Beton- und Sperranlagen - die zweite Niederlage für Parteichef Egon Krenz nach Problemen mit seinen Personalvorstellungen, aber ein Gewinn für die Deutschen.

Heiligabend und Sylvester fielen in Berlin in diesem Jahr auf den Abend des 9. November: Vor allem in Ost-Berlin lagen sich am späten Donnerstagabend einander fremde Menschen in den Armen, lachten und jubelten mit glücklichen Gesichtern. In Häusern und auf den Straßen knallten Sektkorken, am Nachthimmel gingen Leuchtraketen und Böller los. Nur Christbaum und Lametta fehlten.

Auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor, dem Symbol der jetzt 40 Jahre währenden deutschen Trennung, tanzten West-Berliner und sangen sekt- wie bierselig "So ein Tag, so wunderschön wie heute".

Dabei war es Nacht, Mitternacht zwischen dem 9. und 10. November, einem historischen Datum, wie Politiker schnell erklärten und die Berliner ehrlich empfanden.

Der Schlagbaum am Sektorenübergang Bornholmer Straße stand im gleißenden Scheinwerferlicht des Westfernsehens viele Stunden offen. Unkontrolliert ergoß sich dort wie an den anderen, bis dahin verbarrikadierten Übergängen ein Strom von Ost-Berlinern, viele Freudentränen weinend, in den Westteil ihrer Stadt - am Kontrollpunkt Oberbaumbrücke über einen roten Teppich, den Westler zur Begrüßung ihrer ersten seltenen Gäste ausgerollt hatten.

Selbst in anderer Richtung ein Menschengewoge - Wessies, die unkontrolliert in den Osten schwappten, zu Freudenfesten bei Freunden oder Unbekannten mit mitgebrachtem Henkell trocken oder vor Ort ausgeschenktem Rotkäppchen-Sekt.

Die neue Freiheit wuchs den Deutschen gänzlich überraschend binnen einer Woche zu, nachdem SED-Chef Egon Krenz eben noch ein umständliches Reisegenehmigungsrecht angekündigt hatte. 28 Jahre plus knapp drei Monate war Berlin mit Mauern und Sperranlagen geteilt, 40 Jahre lang die Nation als Ergebnis der Hitlerschen Expansionskatastrophe getrennt.

Selbst die kühnsten politischen Propheten hätten die Mauer allenfalls durchlässig gesehen am

Ende eines visionären Zeitraums, in dem die seit Jahrzehnten in Kaltem Krieg und Blockdenken erstarrten Hälften West- und Osteuropa in ein "gemeinsames Haus" einziehen sollten, wie es der sowjetische Reformator Michail Gorbatschow entwarf. Schon in der fünften Woche nach einer pompös zelebrierten 40-Jahr-Feier, bei der bestellte Jubler vor den Tribünen "der Erhabenen" - so der SED-Kritiker Stefan Heym - defilieren mußten, war die Erstarrung im deutschen Zweitstaat dahin.

Erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte, dies der unglaublichste Aspekt in einem historischen Monatszeitraum, siegt das Volk gegen die Herrschenden, zwingt ihnen seinen Willen auf - ohne Gewalt, bloß willentlich.

Und erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte scheint, beim Tempo der in Ost-Berlin dahinfliegenden Prozesse, eine Wiedervereinigung denkbar und nicht, wie bisher, bloß utopisch. Tausende von Verbrüderungsszenen zwischen strahlenden oder tränenüberströmten, glücklichen oder angeheiterten Deutschen aus Ost und West stellten Erstaunliches unter Beweis: Eine Nation, deren Größenwahn Europa an den Abgrund gebracht hatte und die nach der Niederlage von den Siegern gezielt und vermeintlich dauerhaft zerteilt worden war, hat sich über das Zeitalter fast zweier Generationen hinweg ein offenbar dauerhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten.

Am Abend des 9. November wurde für den Architekten der Bonner Ostpolitik, Egon Bahr, "ein Traum wahr". Und er rannte zu seinem damaligen Kanzler Willy Brandt: "Es bedurfte keiner Worte. Die Wirklichkeit war über unsere Phantasie hinausgegangen."

Die neue Freizügigkeit in Ost-West-Richtung war, wie so manches in den letzten Wochen, auf leisen Sohlen dahergekommen, ohne Fanfarenstöße, Flaggengruß oder förmliche Vertragswerke.

Um 18.57 Uhr hatte Günter Schabowski, gerade erst ernannter Informationssekretär des SED-Zentralkomitees und Mitglied des einst allmächtigen Politbüros, auf einer im Fernsehen live übertragenen Pressekonferenz mitgeteilt, ab sofort könnten die DDR-Bürger problemlos in den Westen reisen, ohne Verwandte, ohne Anlaß, nur so nach Lust und Laune. Die Behörden seien angewiesen, Paß und Visum schnell und unbürokratisch auszustellen.

Es dauerte drei Stunden, bis die aus Erfahrung stets mißtrauischen DDR-Bürger die Nachricht wirklich glaubten.

Gegen 22 Uhr wuchsen an den Berliner Grenzübergängen dichte Mensentrauben. Die Leute streckten ihre Personalausweise durch die Eisengitter und forderten die Wachposten auf, sie durchzulassen - ab in den Westen.

Die Grenzer blieben zunächst stur. Jeder, so belehrten sie die Menge, müsse sich zunächst bei der Volkspolizei ein Visum besorgen, sonst gehe hier nichts. Doch die Menschen blieben und warteten. Die Menge wuchs, in Windeseile verbreitete sich auch außerhalb der DDR-Metropole die Kunde, die Grenze werde aufgemacht.

Dann geriet die Lage, wie so manches in den vergangenen Wochen, der SED außer Kontrolle. Plötzlich war die Grenze offen - für alle. Hunderte stürmten, nach flüchtiger Kontrolle ihrer Ausweise durchs uniformierte Personal, hinüber. Vor den Übergängen Heinrich-Heine-Straße, Bornholmer Straße und Invalidenstraße bildeten sich lange Trabi-Schlangen. Die Insassen warteten geduldig, lachten und weinten oder sangen.

Auch der Deutsche Bundestag zu Bonn würdigte das Ereignis mit Tränen und Gesang. Als Karl-Heinz Spilker (CSU), statt seine Rede zum Vereinsförderungsgesetz zu beginnen, die Meldung verlas: "Ab sofort können DDR-Bürger direkt über alle Grenzstellen zwischen der DDR und der Bundesrepublik ausreisen", klatschten die Abgeordneten minutenlang.

Dann füllte sich der Saal. CDU-Kanzleramtschef Rudolf Seiters und die Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger (CDU/CSU), Wolfgang Mischnick (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD), die im Kanzleramt über den massiven Zustrom von Übersiedlern aus der DDR via CSSR be-

raten hatten, eilten ins Plenum und würdigten in knappen Erklärungen den Ost-Berliner Reisebeschluss.

Der Grüne Hubert Kleinert - seine Fraktion war wie üblich von der Runde im Kanzleramt ausgeschlossen - erlebte eine "eigenartige Situation: Alle sagten irgendwie nur Richtiges". Eine Seltenheit im Bonner Parlament: Grüne applaudierten CDU-Dregger, Unionschristen dem Grünen Helmut Lippelt.

Dann stimmten drei Abgeordnete von den Hinterbänken der CDU/CSU-Fraktion spontan das Deutschlandlied an - Hermann Josef Unland, 60, aus Bocholt, der Schwabe Franz Sauter, 61, und Ernst Hinsken, 46, Bäckermeister aus dem niederbayerischen Haibach.

Bald fielen alle Parlamentarier der Altparteien ein und erhoben sich von ihren Stühlen; selbst die Grünen fühlten sich berührt. Kleinert stieß seinen Nachbarn an und seufzte: "Um Gottes willen, jetzt auch das noch." Aber den Saal verlassen wie sonst bei nationalen Gefühlsausbrüchen mochten die Grünen nicht: Sie standen auf und schwiegen, bloß Antje Vollmer fand es "schrecklich".

Und nachdem Annemarie Renger ("Es fällt mir schwer") auf Antrag des SPD-Geschäftsführers Gerhard Jahn unter allgemeinem Beifall die Sitzung beendet hatte, verließ ein emotionsbeladener Willy Brandt den Bundestag, weinend, gestützt von der SPD-Kollegin Liesel Hartenstein, die selbst mit den Tränen kämpfte.

Erst weit nach Mitternacht, gegen vier Uhr in der Früh, greifen am Brandenburger Tor DDR-Grenzer mit Wasserschläuchen und Lautsprechern ein, drängen die Mauerspringer in den Westen zurück, bilden einen dreifachen Kordon, um das Symbol der deutschen Einheit abzuriegeln und die Mauer davor für den am 13. August 1961 vorgesehenen Verwendungszweck zu retten.

Irgendwann weit nach Mitternacht sind die Grenzanlagen, vor Stunden noch intimste Sperrzone des SED-Staates, überflutet von Ost-Bürgern. Jeder Wartburg und jeder Trabi, der durch die Betonsperren kurvt, wird mit Beifall begrüßt. Auf Barrieren brennen Kerzen.

Die Grenzer, gestern noch ganz abweisende Hüter des realen Sozialismus, bekommen von den Nachtschwärmern Blumen. Und sie schauen dem Treiben freundlich zu. "Die kommen alle wieder", sagt einer, und der Stolz in seiner Stimme ist nicht zu überhören.

Und sie kommen wieder. Gegen zwei in der Nacht kehren die ersten heim, vom ersten Kudamm-Bummel ihres Lebens, vom schnellen Bier bei Bekannten jenseits der Mauer. Manche nutzen den Abstecher auch nur, um von West-Berlin in die Bundesrepublik zu telefonieren - seit die Flüchtlingswelle immer höher in die Bundesrepublik schwappt, sind deutsch-deutsche Ferngespräche auf den wenigen, total überlasteten Leitungen ein Glücksspiel.

Deutschland im Herbst. In West-Berlin kriegen die Kinder am Freitag schulfrei, im Bundesrat erklärt dessen neuer Präsident, Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper, das deutsche Volk wegen der Erlebnisse nachts zuvor zum "glücklichsten Volk der Welt".

Theater, Oper und Fußballvereine in West-Berlin bieten den Ost-Bürgern freien Eintritt, die westlichen Konsumtempel richten eilends Wechselstuben zur Annahme von Ostgeld ein. Die Glocken der Gedächtniskirche läuten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht, zu Recht, von einem "tiefen historischen Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte", und Kanzler Helmut Kohl, der zuvor, kein Fettnäpfchen mißachtend, eine Pannenreise nach Polen begonnen hatte, bricht den Besuch in Warschau ab mit dem historischen Satz auf den Lippen: "Mein Platz augenblicklich ist in Bonn." Danach fliegt er über Hamburg nach West-Berlin.

Das Wunder hat das Volk der DDR bewirkt - ohne Waffen und ohne Gewalt. Und es trat, angeschubst von Michail Gorbatschows Perestroika und angefeuert durch den Abbau des Eisernen Vorhangs in Ungarn, eine Lawine los: Die Führung von Staat und Staatspartei findet sich in einem atemraubend schnellen Auflösungsprozeß. Der neue Staats- und Parteichef Egon

Krenz ist auf panischer Flucht nach vorn.

Mehr als eine halbe Million Menschen waren in der größten Demo aller DDR-Zeiten am vorletzten Samstag durch Ost-Berlin gezogen, knapp 500.000 waren es zwei Tage später beim montäglichen Umzug um die Leipziger Innenstadt, 60.000 zur gleichen Stunde in Halle, 50.000 in Karl-Marx-Stadt, mehr als 10.000 in Cottbus, 25.000 in Schwerin. Das SED-Zentralblatt Neues Deutschland meldet die täglichen Demo-Fakten wie die Wasserstände: mehrere 10.000 am Donnerstagabend in Gera, rund 80.000 auf dem Erfurter Domplatz. Und ... und ... und ...

"Die Straße ist die Tribüne des Volkes", sagte die Schauspielerin Marion van de Kamp beim historischen Meeting auf dem Alex; das Volk hat es begriffen und probt mit Lust seine neue Kraft. Selbst auf dem bisher von nichts als Friedhofsruhe beseelten platten Land treibt es die Menschen in Scharen aus den Häusern und lehrt die an Duckmäuserei und furchtsames Kuscheln gewohnte Staatspartei SED das Fürchten: "Wir sind das Volk."

Es zeigt sich auf der Siegerstraße. Es hat die Herrschenden satt.

Mit einem dramatischen Appell beschwor der DDR-Ministerrat bei seinem Rücktritt am Dienstag "die Bürger unseres Landes, in dieser politisch und ökonomisch ernsten Situation alle Kräfte dafür einzusetzen, daß alle für das Volk, die Gesellschaft und die Wirtschaft lebensnotwendigen Funktionen aufrechterhalten werden" - als stünde der Generalstreik unmittelbar bevor.

Schon am Freitag davor, am Vorabend der Großdemo auf dem Alex, hatte Krenz die Bürger seines Landes zur "Besonnenheit" aufgefordert und massenhaft Polizisten mit Barrikaden alle Verkehrswege zur Mauer abriegeln lassen - als stünde vom Osten aus ein Gewalt-Marsch auf die Mauer bevor.

Die Führung weiß nicht mehr, was das Volk denkt; das Tremolo (das Zittern) der Herrschenden war überflüssig. Die ostdeutsche Revolution von unten vollzieht sich sanft, ohne Gewehrläufe und ohne Sturm auf die Bastille. Das Volk denkt - noch - nicht an Streik und Aufstand, es verläßt sich - noch - allein auf die Wucht seiner friedlichen Masse.

Mitbewirkt hat das, paradox, der Egon Krenz, der - wie sich allmählich in der DDR herumspriecht - am 9. Oktober auf den Straßen Leipzigs ein Blutbad verhindert hatte. Polizeistaffeln und Betriebskampfgruppen standen damals bereit; sie hatten schon in der Woche zuvor die erste Probe der Gewalt abgelegt, als sie mit Knüppeln, Schilden und Wasserwerfern auf jene Mitbürger losgegangen waren, die im Dresdner Hauptbahnhof auf die aus Prag kommenden Flüchtlingszüge aufspringen wollten: Widerspenstige wurden niedergeschlagen, ein Polizeiwagen verbrannte, Wasserwerfer zielten auf Steineschmeißer.

Bei einer Solidaritätsdemo von SED-Mitgliedern vor dem ZK behauptete ein Feuerwehrmann, die Nationale Volksarmee habe in Leipzig einen von Krenz-Vorgänger Erich Honecker unterzeichneten "Einsatzbefehl" gehabt.

Stimmt das Gerücht, hat Krenz mit seiner Weisung, die Leipziger Demo friedlich laufen zu lassen, einen Bürgerkrieg verhindert und die Ablösung des kranken Honecker erreicht. Aber der Honecker-Lehrling wird nun, da er in dessen Amt sitzt, der Geister, die er damit rief, nicht froh.

Vor dem Zentralkomitee seiner SED räumte er am letzten Mittwoch ein: "Eine Volksbewegung ist entstanden und drückt sich in vielen Formen aus: in selbstbewußten Demonstrationen wie im vielstimmigen Dialog. Diese Volksbewegung hat den Prozeß der Überprüfung und der Veränderung ausgelöst."

Die Krenz-Schmeichelei konnte das Volk im Parteiorgan Neues Deutschland nachlesen. Was der Wende-Sekretär wirklich über die Demonstranten denkt, erfuhren nur ausgewählte Kader. Die Kundgebung rund um den Alex, so Krenz in einem Fernschreiben an die Kreissekretäre der SED, habe deutlich gemacht, daß es in unserem Lande auch falsche Töne gibt, Töne gegen

die führende Rolle der Partei, die sozialistische Staatsmacht und die Staatssicherheit ... Negiert wurde auch die Tatsache, daß wir das Neue nur auf dem Fundament des in 40 Jahren Geschaffenen erbauen können.

Krenzens bedauerndes Fazit: Es gab zu dieser Kundgebung keine Alternative, wenn wir dem Grundsatz treu bleiben, daß in unserem Lande vor sich gehende Prozesse nur mit politischen Mitteln zu lösen sind.

Mit verzweifelten Kraftakten versuchte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der vergangenen Woche, sich vom Haltegriff am letzten Wagen des ostdeutschen Reformzuges, an den sich die SED-Führung seit Wochen klammert, weiter nach vorn zur Lok zu hangeln.

Am Dienstag trat die Ost-Berliner Regierung geschlossen zurück. Einen Tag später feuerte das Zentralkomitee der Partei die Alten geschlossen aus dem Politbüro.

Und in einem "Aktionsprogramm" gelobte die Parteiführung für ewige Zeiten die Wandlung ihrer SED vom realsozialistischen Saulus zum demokratischen Paulus: Pressefreiheit soll es künftig geben im ehemaligen Arbeiter- und Bauernparadies und das Recht aller, sich "zur Verwirklichung ihrer Interessen" (Krenz) zu vereinen; neue Bürgerbewegungen sollen zugelassen und das politische Strafrecht eingengt werden; einen zivilen Ersatzdienst gibt es und ein Gesetz, das die Arbeit der Staatssicherheit regelt und einschränkt.

Die "höchsten Repräsentanten unserer Staatsmacht", vom Staatsratsvorsitzenden über den Volkskammerpräsidenten bis zum Ministerpräsidenten, sollen nur noch maximal zwei Wahlperioden amtierend, und bestimmt werden sollen sie nach einem Gesetz, das - erstmals in der Geschichte des deutschen Oststaates - "eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet" (Krenz).

In die rechte einheitssozialistische Bahn zurücklenken will Krenz das ihm außer Kontrolle geratene Volk vor allem durch weniger Personal und mit ein paar neuen Köpfen. Das ZK feuerte auf seiner 10. Plenartagung am Mittwoch nicht nur die alte Garde der Starrsinnigen von Hermann Axen über Erich Mielke bis Horst Sindermann, es verkleinerte die Schaltzentrale der Parteimacht, das Politbüro, von 21 auf 11 Genossen.

Das Revirement überzeugte nicht einmal die eigene Basis. Die hat sich auf die Seite des Volkes geschlagen.

"Wir sind die Partei", skandierten Tausende Genossen am letzten Mittwoch bei einer eigentlich zum Jubeln einbestellten Demo vor dem ZK-Gebäude am Werderschen Markt. Einer nannte die Wahl des neuen Politbüros eine "Fehlentscheidung", ein anderer forderte unter Beifall "Konsequenzen bis zum Ausschluß" für all jene, die die gegenwärtige Lage zu verantworten haben.

Zwei Tage darauf war die Forderung - teilweise - erfüllt: Das ZK feuerte die bis 18. Oktober amtierenden Politbüromitglieder Günter Mittag und Joachim Herrmann aus seinen Reihen; "wegen gröblichster Verstöße" soll eine Kontrollkommission gegen Mittag "und weitere Genossen, die gegen das Statut der Partei verstoßen haben", ermitteln. DDR-Generalstaatsanwalt Günter Wendland forderte, die Volkskammer solle in einem Untersuchungsausschuß Fälle von Korruption und Funktionsmißbrauch aufklären. Jammernde Selbstkritik übte der bisherige Chefideologe Kurt Hager, 77, weil er sich "vom tatsächlichen Leben entfernt" habe.

Der stellvertretende Staatssicherheitsminister Rudi Mittig beeilte sich, das Demonstrantenverlangen "Stasi in den Tagebau" zu erfüllen; 1.200 Berufsschnüffler werden zum Braunkohle-Abbau zwangsversetzt.

Selbst die heiligste Kuh des SED-Staates wurde öffentlich zur Notschlachtung freigegeben. "Niemand hat ein Monopol auf Wahrheit", hallte es über den Werderschen Markt. Die Auszählung der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai nannten selbst die versammelten Genossen von der Basis unumwunden "Wahlbetrug", für den die Parteiführung "verantwortlich" zeichne.

Und ein Lehrer ("Ich kann nach dieser Manifestation meinen Schülern wieder offen ins Gesicht sehen") verlangte unter Pfiffen und Beifall, den zur Staatsräson erhobenen Führungsanspruch der "marxistisch-leninistischen Partei" aus der Verfassung der DDR zu streichen: "Die führende Rolle müssen wir erkämpfen, oder wollen wir sie vor dem Verfassungsgericht einklagen?"

Wie die SED derzeit führt, ist am Durcheinander in Ost-Berlin und an schrillen Dissonanzen zwischen der Zentrale und der Provinz zu erkennen: Die Basis hält vom runderneuten Politbüro rein gar nichts. Wenige Stunden nachdem das ZK den Parteichef des Bezirks Halle, Hans-Joachim Böhme, erneut ins Politbüro gewählt hatte (mit 91 gegen 66 Stimmen), entzogen ihm die Genossen in Halle das Vertrauen als Bezirksleiter. Sie verübelten ihrem Böhme - unter anderem -, daß der sich bei der Hallenser Demo aus Angst vor den 60.000 auf der Straße zunächst in die örtliche Stasi-Dependance verkrochen hatte. Das ZK kippte ihn wieder aus dem Politbüro. Da waren's nur noch zehn.

Sein Kollege in Cottbus, Werner Walde, vom ZK gerade als Kandidat des Politbüros bestätigt, warf daheim von sich aus das Handtuch, um einer Abwahl zuvorzukommen. Und die SED-Leitung des Parteibezirks Neubrandenburg forderte anderntags das ZK erfolgreich auf, die Wahl ihres Chefs Johannes Chemnitzer zum Kandidaten des Politbüros und zum neuen ZK-Sekretär für Landwirtschaft rückgängig zu machen.

Der bisherige Ost-Berliner Bezirkssekretär Günter Schabowski, als neuer ZK-Sekretär für Informationswesen und Medienpolitik (bisher Agitation und Propaganda) eine der Säulen der Krenz-Riege, mußte sich auf einer Pressekonferenz von DDR-Journalisten verhöhnen lassen, woher er denn das Recht nehme, künftig den "Schirmherrn der ostdeutschen Medien" zu spielen. Er habe doch als langjähriger Chefredakteur des Neuen Deutschland seinen Teil dazu getan, das Ost-Volk zu verdummen.

Der Genosse "Schabbi" (SED-Jargon) wehrte sich dialektisch: Einerseits sei er Subjekt der alten Politik gewesen und insoweit natürlich schuldig, andererseits aber auch von höheren Subjekten abhängiges Objekt und insoweit entlastet.

Einen neuen SED-Staat kann der Generalsekretär mit seiner Crew in der Tat nicht machen. Drei Anwärter aus seiner Vorschlagsliste ließ das ZK-Plenum gleich durchfallen. Sechs aus dem Zehnerklub gehörten schon zu Honeckers Stamm-Mannschaft, und von den restlichen vier ist zumindest einer fürs Ansehen beim Volk die falsche Wahl: Wolfgang Herger, bislang Leiter der Abteilung Sicherheit im ZK-Apparat, rückte als Nachfolger von Egon Krenz zum Parteiaufseher über die Staatssicherheit auf.

Herger ist, wie Krenz, mitverantwortlich für die brutalen Übergriffe von Stasi und Vopo gegen Demonstranten bei den Kundgebungen rund um den 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober; damals war Krenz noch nicht, wie dann in Leipzig, zum Friedensengel mutiert.

Das wichtigste Ressort im Politbüro besetzte Egon Krenz mit einem Genossen, dessen Name nicht einmal den Fachleuten in Deutsch-Ost geläufig ist: Der Diplom-Ökonom Wolfgang Rauchfuß, seit 1974 unauffälliger Minister für Materialwirtschaft und bislang einer von acht stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, soll als Nachfolger Günter Mittag's die kollabierende DDR-Wirtschaft retten - ein Himmelfahrtskommando, das renommierte Experten aus der Riege der Kombinatdirektoren dankend abgelehnt hatten.

Pluspunkte beim Volk sammelte Krenz allenfalls mit zwei seiner Debütanten: An die Stelle des reaktionären SED-Kulturpapstes Kurt Hager holte er den stellvertretenden Kulturminister Klaus Höpcke, 55, in die Parteizentrale - ein geschickter Schachzug, um das besonders unruhige Künstlervolk des SED-Staates zu besänftigen.

Höpcke hat bei Schriftstellern und Rockern, bei Komponisten, Filmemachern und Malern einen Stein im Brett, seit er im vergangenen März im Pen-Zentrum der DDR eine Protestresolution gegen die Verfolgung des tschechischen Dramatikers und Menschenrechtlers Vaclav Ha-

vel durch die regierenden Kommunisten seines Heimatlandes unterstützt hatte. Die tapfere Geste kostete ihn fast die politische Karriere. Die pikierten Prager Genossen forderten seine Entfernung. Die Drohung prominenter Kulturschaffender, auch sie würden dann ihre Ämter schmeißen, rettete ihn.

Das einfache Volk setzt Hoffnung, so sie diese der SED-Führung überhaupt noch gutbringt, nur auf einen: den bisherigen Dresdner SED-Statthalter Hans Modrow. Der 61jährige, den das ZK mit einer Gegenstimme ins Politbüro wählte, soll Willi Stoph auf der Sitzung der Volkskammer am Montag dieser Woche als Ministerpräsident beerben.

Ob Egon Krenz an Modrows Wahl viel Freude hat, steht dahin. Denn der SED-Star aus der Provinz, den Erich Honecker 1973 in den Südwinkel seiner Republik verbannte, weil er den renitenten und widerspruchsfreudigen damaligen Leiter der ZK-Abteilung für Agitation nicht ausstehen konnte, hat durchaus eigene Vorstellungen von seiner Zukunft und der seiner SED.

Etwa davon, wie das Amt des Regierungschefs zu führen sei.

In der Vergangenheit, so der Ausgangspunkt seiner Konzeption, habe die SED den schweren Fehler gemacht, alles selbst entscheiden zu wollen, und sich damit auch politisch für alles verantwortlich gemacht. Dem könne die Partei künftig nur entgehen, wenn sie die Position der Regierung stärke und nicht länger wie bisher in die einzelnen Ministerien hineinregiere.

Soweit folgt ihm wohl der Genosse Krenz. Auch der will die schärfere Trennung von Partei und Staat - die ihn wenig kostet, solange bei ihm selbst in der Doppelfunktion als Vorsitzender des Staatsrates und Generalsekretär der Partei die Machtfäden zusammenlaufen.

Kaum einverstanden sein dürfte Krenz jedoch mit weitergehenden Gedanken des künftigen Regierungschefs: Nach Modrows Vorstellung soll die gesamte Staatsführung neu formiert werden. Ihm schwebt dabei eine echte Aufteilung der bislang auf den Staats- und Parteichef konzentrierten DDR-Macht auf vier Posten vor, mithin Ansatz einer echten Gewaltenteilung: Parteichef, Ministerpräsident, Staatspräsident und Volkskammerpräsident.

Anbieten könnte sich eine Lösung nach polnischem Muster, wo Parteivorsitz und Präsidentenamt bereits getrennt sind. Auch in der DDR gab es diese Trennung schon zu Zeiten Walter Ulbrichts. Von 1950 bis 1960 führte eine Troika das SED-Land: Wilhelm Pieck als Landesvater, Walter Ulbricht als Parteichef und Otto Grotewohl als Ministerpräsident; von 1971 bis 1976 gab es mit unterschiedlichen Konstellationen die gleiche Trennung.

Zu den neuen Oppositionsgruppen im Land hat Modrow eine locker-positive Einstellung. Es müßten, forderte er schon vor Wochen offen in Dresden, möglichst rasch alle Voraussetzungen - von einem neuen Wahlrecht bis zur Öffnung der Medien für alle politischen Zirkel - geschaffen werden, damit die Opposition sich entfalten könne.

Modrows Forderung nach Zulassung des Neuen Forums und anderer oppositioneller Gruppen ist keineswegs uneigennützig, sondern von taktischem Kalkül. Das Beispiel Solidarnosc in Polen zeige, verklickerte er den Genossen, in welcher großen Schwierigkeiten solche Gruppen kommen, wenn sie zugelassen werden und plötzlich mitregieren sollen: Inzwischen stagniere die Solidarnosc, und der kommunistischen Gewerkschaft gehe es zunehmend besser.

Noch sind die Visionen des Genossen Modrow weit von der Wirklichkeit entfernt. Noch liegt alle Macht bei seinem Kontrahenten Egon Krenz.

Und der hat bislang nicht erkennen lassen, daß er gewillt ist, diese Macht zu teilen. Krenz hat Modrow ins Politbüro geholt, um den Konkurrenten in die Verantwortung einzubinden und so das eigene Überleben zu sichern - nicht zuletzt gegenüber Moskau.

Modrows Aufstieg in die SED-Spitze war seit langem Wunsch der Sowjets. Daß sie dabei ihre Hand im Spiel hatten, taten sie letzte Woche freimütig kund: Bereits zwei Tage vor der Wahl Modrows ins Politbüro und der Entscheidung des ZK, ihn als Stoph-Nachfolger zu präsentieren, verkündeten Gorbatschows Diplomaten beim traditionellen Empfang zum Jahrestag der Oktoberrevolution in ihrer Botschaft Unter den Linden, der Mann aus Dresden sei der neue

Regierungschef.

Egon Krenz, Honeckers Ziehsohn und ausgefuchster Mann des Parteiapparates, spielt auf Zeit; doch sein stetiges Lächeln scheint zu gefrieren. Er machte letzte Woche gleich mehrfach klar, daß unter seiner Führung die SED nur jeweils jene Zipfel der Macht abzugeben gewillt ist, die sie ohnehin nicht länger festhalten kann.

Am Montag letzter Woche veröffentlichten die DDR-Zeitungen den Entwurf eines neuen Reisegesetzes - unbeeindruckt davon, daß 48 Stunden zuvor in der Ost-Berliner City Hunderttausende DDR-Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit eingefordert hatten. Von "Bearbeitungsfristen" bis zu 30 Tagen war da die Rede und davon, daß die Reise auch künftig von anonymen Staatsdienern verweigert werden kann, wenn dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral "notwendig ist", was immer die SED im Bedarfsfall darunter verstehen mochte.

Nicht nur das Volk reagierte zornig, auch Ausschüsse der bisher so folgsamen Volkskammer, sogar die krenznahe FDJ muckten auf und verlangten, das Papier einzustampfen.

Die herrschende Klasse der DDR drückte sich nicht gerade fein aus. "Denen haben sie wohl ins Gehirn geschissen", kommentierten Arbeiter eines Ost-Berliner Betriebs den Entwurf. Und im VEB Energiebau im Stadtteil Marzahn drohten ganze Abteilungen mit Streik, wenn das Gesetz so in Kraft trete.

Gleichzeitig stieg die Zahl jener Ost-Bürger, die via Tschechoslowakei das Weite suchte, dramatisch weiter an. Politbürokrat Schabowski rechnete die Verlustquote vor der Presse am Mittwoch bereits in Stunden - fast 500 gingen da schon dem SED-Regime alle 60 Minuten von der Fahne. Von Mittwoch früh bis Donnerstag früh waren es 11.000, die Einwohner einer DDR-Kleinstadt.

Erst da war die Schmerzgrenze erreicht - Egon Krenz kassierte den Gesetzentwurf und machte die Tore auf.

Ähnlich taktierte der Parteichef beim Wahlgesetz. Das ZK, so beteuerte der neue PR-Manager der SED, Günter Schabowski, immer wieder vor der seit einigen Tagen in Ost-Berlin versammelten Weltpresse, sei für freie und geheime, in jeder Phase vom Volk kontrollierte Wahlen in der DDR. Die Partei erfülle damit eine Forderung von Millionen Bürgern und Genossen im ganzen Land. Doch wer daran teilnehmen darf, ob neue Oppositionsparteien zugelassen werden oder nur die SED-treuen alten Blockparteien, die sich nach festem Schema die vorher ausgekungelten Parlamentssitze teilen, ließen Schabowski wie Krenz im Nebel.

Eine taktische Meisterleistung gelang dem wendigen Generalsekretär mit der vom ZK für den 15. Dezember einberufenen Parteikonferenz, der vierten in der 43jährigen Geschichte der SED.

Verlangt hatten Genossen aus allen SED-Bezirken wahlweise eine Parteikonferenz oder einen baldigen Sonderparteitag, um ein neues Zentralkomitee zu wählen, das seinerseits dann schon wieder ein neues Politbüro bestimmen sollte - und einen neuen Generalsekretär. Der würde, bei der derzeitigen Stimmungslage in der SED, mit Sicherheit nicht mehr Krenz heißen.

Das ZK habe sich, beteuerte Schabowski letzten Donnerstag treuherzig, nur aus Termingründen für eine Parteikonferenz statt für einen Sonderparteitag entschieden. Der nämlich könne nach dem SED-Statut frühestens in zwei Monaten stattfinden.

Den wahren Grund unterschlug er: Bei einem Parteitag müßte auch der größte Teil des ZK um seine Wiederwahl fürchten. Eine Parteikonferenz jedoch hat laut SED-Statut nicht das Recht, das Zentralkomitee in toto (vollständig) auszuwechseln; sie kann nur einzelne Mitglieder, "die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, abberufen" und durch Nachrücker aus den Reihen der ZK-Kandidaten ersetzen.

Damit ist Egon Krenz erst einmal gerettet.

Doch der Schachzug sichert dem Generalsekretär, davon sind inzwischen zahlreiche SED-

Funktionäre überzeugt, nur eine Galgenfrist. Die Entfernung der Parteibasis von ihrer Führung vollziehe sich, so ihr Argument, mit Lichtgeschwindigkeit, echte freie Wahlen mit Beteiligung neuer Parteien seien nicht aufzuhalten, der Niedergang der absoluten SED-Macht mithin unausweichlich - und damit das politische Ende des Genossen Krenz.

"Wir brauchen die absolute Mehrheit nicht", rechnet ein Parteireformer, "40 Prozent sind doch genug, dann sichern wir uns eben einen Koalitionspartner."

Wie realistisch die Prognose ist, steht dahin. "Höchstens noch 15 bis 20 Prozent" gab letzte Woche ein prominenter Genosse seiner Partei.

Wo die SED wirklich steht, könnte sie schon bald testen.

Um dem Volk seine innere Wende zu beweisen, sollte der SED-Chef, so hat der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe vorgeschlagen, die letzte Kommunalwahl wiederholen lassen, bei der die SED das Volk schamlos und nachweisbar betrogen hat.

Ein neuer Wahlgang in den ostdeutschen Gemeinden könne, so Stolpes Idee, nicht nur ein erster landesweiter Probelauf für die neuen oppositionellen Gruppen sein, er werde der SED auch Aufschluß verschaffen, wie groß ihre Anhängerschaft noch ist.

Egon Krenz will es nicht wissen. Er hat gegenüber dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau letzte Woche jeden Gedanken an eine Neuauflage der Kommunalwahl barsch abgelehnt; warum wohl?

Er verharrt weiter in seinen alten Denkschablonen: Er und die von ihm geführte Partei wüßten, was das Volk will; ja - sie seien das Volk.

Die von Krenz noch nominell geführten Bürger sehen das anders: Die Demokratisierung in der DDR scheint nicht zu stoppen, der Prozeß scheint unumkehrbar. Die Löcher in der Mauer sind nicht zu stopfen. Selbst der amtierende DDR-Innenminister Friedrich Dickel versprach, die neue Regelung der offenen Grenzen sei "von Dauer".

Und schon der erste Tag der neuen Reisefreiheit zeigte, wie die Mehrheit der DDR-Bürger sie zu nutzen versteht: Zehntausende - die Polizei stellte das Zählen ein - fuhren von Ost- nach West-Berlin, und nur 1.500 meldeten sich, weil sie der unruhigen DDR endgültig den Rücken kehren wollten. In die Bundesrepublik kamen in den ersten 24 Stunden der neuen großen Freiheit 55.500 Ostler - 3.250 wollten nicht wieder zurück.

Die Mehrheit, sonst wären die Zahlen umgekehrt, ist sich ihrer Macht bewußt; nur das Bewußtsein der Herrschenden hält noch nicht Schritt.

Zwar: Auf einer Demo treuer SED-Mitglieder im (Ost-)Berliner Lustgarten versprach Krenz am Freitag abend - während das DDR-Fernsehen Sonderberichte vom neuen Reiseverkehr brachte -, "daß freie Wahlen stattfinden und unser Volk die Besten ins Parlament wählt". Und: "Wir sind bereit, uns zu ändern."

Aber trotzig und als Absage an alle Begehren, das Machtmonopol der SED zu kippen: "Wir werden uns nie aus der Verantwortung stehlen."

Immerhin, Schritt für Schritt, nähert sich die SED ihrem für immer oder nur für ein Bierchen davoneilenden Volk. Am letzten Mittwoch, einen Tag vor dem Tanz auf der Mauer, eröffneten die DDR-Vertreter die Sitzung der deutsch-deutschen Verkehrskommission in Erfurt mit dem Hinweis auf das vor der Tür stehende Reisegesetz und die kommende Belastung, die Ost-Berlin ohne die "Hilfe der BRD" nicht tragen könne.

Für ihren Minister Friedrich Zimmermann notierten die Verkehrsunterhändler, die DDR-Delegation habe "im gegenwärtigen Zeitpunkt feste Absprachen noch nicht treffen" können, aber darum gebeten, Bonn möge sich für "kurzfristig" anzusetzende Gespräche schon einmal auf "folgende Überlegungen" einrichten:

- Im kommenden Jahr werde die Zahl der Reisenden aus der DDR, die überwiegend die Bahn benutzen, von bisher rund zwei Millionen auf mindestens acht Millionen steigen; da die Reichsbahn das, etwa auf der Strecke Berlin-Hannover, nicht bewältigen könne, müsse die

Bundesbahn die Hauptlast übernehmen.

- Auch im Kleinen Grenzverkehr werde das neue Reisegesetz den Andrang mehren; statt die DDR-Bürger wie bisher mit Ost-Bussen zur Grenze zu kutschieren und dann in West-Busse umsteigen zu lassen, sollen rasch durchgehende Buslinien geschaffen werden.

- Die S-Bahn-Verbindung von Potsdam nach West-Berlin und von dort weiter nach Ost-Berlin, seit dem 13. August 1961 unterbrochen und durch einen kilometerlangen Umweg ersetzt, soll, sobald es geht, wiederhergestellt werden.

- Am Freitagabend rückten Bautrupps an und rissen Löcher für neue Grenzübergänge in die Mauer, darunter an so symbolträchtigen Orten wie am Potsdamer Platz im Bezirk Mitte (Sonntag) und der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und Wannsee (Freitag).

Als die Bonner Experten aus Erfurt zurückgekehrt waren, löste ihr Bericht in der Bundeshauptstadt Alarm aus.

Zwar wies Innenminister Wolfgang Schäuble den Begriff "Katastrophe" von sich, doch klar ist: Allmählich wird es eng in der Bundesrepublik, auch wenn nur eine DDR-Minderheit sich hier einzurichten gedenkt. Seit Jahresbeginn sind - Stand Ende letzter Woche - über 300.000 Aussiedler aus Osteuropa und der Sowjetunion sowie an die 240.000 Übersiedler aus der DDR nach Westdeutschland gekommen.

Mit zusätzlichem Personal und immer neuen Unterkünften bei Bundeswehr und Katastrophenschutz gelingt es einstweilen noch, die Flüchtlinge in zwei bis drei Tagen durchs Aufnahmeverfahren zu schleusen. Danach wird es hart für die Neubürger.

Weil überall Wohnungen fehlen, dauert die vorläufige Unterbringung in Behelfsheimen, Campingwagen, Containern und auf Wohnschiffen bereits jetzt 12 bis 18 Monate, "Tendenz steigend" (Schäuble).

Schon haben die Amerikaner Kasernenraum angeboten, Bonn möchte Jugendherbergen und Bildungsstätten karitativer Verbände für Übersiedler freimachen. Arbeitsminister Norbert Blüm hat für diesen Montag die Sozialversicherungsverbände zu sich gebeten: Sie sollen ihre Immobilienbestände und Schulungsheime auf Wohnraum durchforsten; den beabsichtigten Verkauf von Arbeitsämtern, die durch Zusammenlegung freigeworden sind, hat Blüm eilends gestoppt.

SPD-Vize Oskar Lafontaine denkt eher klein. Er fürchtet, daß zuviel aus den westdeutschen Sozialkassen für DDR-Bürger ausgeworfen werden könnte: "Wir müssen uns auf das Machbare konzentrieren." Sein Parteifreund Bahr verlangt jetzt von den Bonnern "Wandel durch Nähe" und fordert, den Ossies "eine Perspektive fürs Bleiben" in der DDR zu bieten: Am Geld dürfe die Hilfe schon deshalb nicht scheitern, weil die militärische Bedrohung nun geringer geworden ist. Der Sozialdemokrat kühn: "Wenn wir Geld brauchen, dann stornieren wir den Jäger 90 und haben 100 Milliarden."

Und SPD-Ostdenker Günter Gaus plädiert, um das Thema Wiedervereinigung "wegzuschieben", für eine Vier-Mächte-Konferenz, die eine "Konföderation auf Sachgebieten" aushandeln könnte. Derweil begaben sich Parteichef Hans-Jochen Vogel und Ehrenvorsitzender Brandt zu politischen Gesprächen nach Ost-Berlin.

Ein Arbeitsstab im Bonner Finanzministerium ersann Modelle wirtschaftlicher Hilfe. Die FDP schlug einen "Investitionsfonds" für Kapitalanlagen in der DDR vor, Parteichef Otto Graf Lambsdorff: "Geld gibt es bei uns genug."

Und Kanzler Kohl suchte seine Säuernis darüber, daß er bei einer All-Parteien-Großkundgebung am letzten Freitagabend vor dem Schöneberger Rathaus gnadenlos ausgepiffen wurde, durch hektische Kontakt-Anbahnung mit Egon Krenz zu besänftigen. Doch er wurde nicht, wie er wünschte, noch Freitagabend vorgelassen; ihm blieb nur das Telefon.

Am liebsten wäre den Bonnern, die DDR-Bürger kämen nur zu Besuch und nicht für immer. Reisefreiheit, so Berlins Bürgermeister Momper vor seinem Rathaus, wo er die DDR-Bürger

"zu ihrer friedlichen Revolution" beglückwünschte, ist ja auch schon etwas.

Jene, die im Westen bleiben, stimmen mit ihrem Ortswechsel - bis zum vorletzten Wochenende hieß das Flucht - darüber ab, was sie von den vornehmlich im Westen geträumten Visionen einer bevorstehenden Wiedervereinigung halten.

Jene, die in den Osten zurückkehren, sind an diesem Traum auch nicht beteiligt: Sie wünschen sich eine real existierende DDR mit Demokratie, sozialer Fürsorge, viel Freiheiten und ein bißchen Sozialismus.

Die meisten Vereinigungs-Freunde träumen im Westen. Doch auch ihre Kritiker hätten sich ja vor kaum vier Wochen nicht träumen lassen, was bis jetzt geschah.<<

16.11.1989

Ungarn: Die ungarische Regierung (Mitglied des Warschauer Paktes) stellt am 16. November 1989 einen Aufnahmeantrag für den Europarat.

20.11.1989

CSR: In Prag demonstrieren am 20. November 1989 Hunderttausende gegen den Kommunismus.

26.11.1989

DDR: Bürgerrechtler fordern am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...

Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen!<<

27.11.1989

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.

Im Verlauf dieser Unterredung lehnt es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben – daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<

November 1989

BRD: Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im November 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1989 (x853/...): >>**Bekennerschof Graf von Galen im Kampf für Recht und Menschenwürde**

"Die Kirchen haben versagt, das steht nach vierzigjähriger, teils recht emotional geführter Diskussion fest. Sie haben versagt, weil sie Vorstellungen und Wünschen gefolgt waren, die bereits vor der Machtergreifung Hitlers formuliert, im 'Dritten Reich' dann ihre Verwirklichung fanden - wenigstens teilweise, und das genügte vielen Kirchenmännern, Hitlers Staat und seine Politik mittragen zu helfen." So liest man nicht etwa in "Publik-Forum", "Spiegel" oder "Zeit", wie man vermuten würde, sondern im "Parlament" vom 13.6.1987.

Diese selbstgefällige Anmaßung ist für nicht wenige Journalisten und Medienleute typisch, die vom sicheren Port glauben, die Haltung der katholischen Kirche während der Naziherrschaft mit dem Etikett "Kirche des Versagens" versehen zu dürfen. Hierbei ist für gewöhnlich nicht nur Animosität gegen die ungeliebte Kirche im Spiel, sondern sehr oft sind diejenigen,

die sich für kompetent halten, über die Kirche zu Gericht zu sitzen, auch nicht annähernd von jener Sachkenntnis getrübt, die nun einmal zu einem sachgerechten Urteil gehört.

Zugegebenermaßen bedarf es eines immensen Zeitaufwands, um sich auch nur mit den wichtigsten Dokumenten jener Epoche vertraut zu machen. Hierfür ist der 42. Quellenband der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte "Bischof Clemens August Graf von Galen" ein schlagender Beweis. Auf über 1.500 Seiten im Lexikonformat hat Peter Löffler, Oberarchivrat des Bistums Münster, mit Bienenfleiß und geradezu kriminalistischem Spürsinn aus rund 30 Archiven zahlreiche, zum Teil bisher unbekannte Dokumente zusammengetragen und sachkundig kommentiert.

Darüber hinaus hat er Hintergründe und Zusammenhänge so erhellt, daß auch der interessierte Nichtfachmann dieses voluminöse Werk mit großem Gewinn lesen kann. Ein chronologisches Register sowie ein detailliertes Personen-, Sach- und Ortsregister erleichtern die Lektüre dieser Bände ungemein.

Wer, sich in Wort oder Schrift zum Verhalten der Kirche und ihrer damaligen Repräsentanten äußern will, kann kaum an dieser Dokumentation vorbeigehen.

Ein relativ knappes, aber präzises Lebensbild, ruft dem Leser die Gestalt des wohl populärsten deutschen Bischofs der Nazizeit in Erinnerung. Selbst diejenigen, die bewußt die damalige Zeit miterlebt haben, werden viel Neues erfahren.

Anderes, das sie vielleicht nur mehr verschwommen im Gedächtnis haben, vermögen sie aus neuer Perspektive zu sehen. Und wer das Verhalten der deutschen Bischöfe während des Dritten Reichs möglicherweise nicht immer recht zu verstehen vermochte, wird beim Studium dieses gewaltigen Dokumentarwerks erkennen, daß die damaligen Verhältnisse doch sehr viel verworrener waren, als es sich Menschen, die in einem Rechtsstaat aufgewachsen sind, auch nur vorzustellen vermögen. Papst Pius XII. schrieb am 12. Juni 1940 dem Berliner Bischof Graf von Preysing, der mit der "Eingabepolitik" des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Pertram, nicht einverstanden war und eine schärfere Gangart gegenüber den damaligen Machthabern wünschte:

"Es ist ein bisweilen schmerzliches, aber menschlich auch unvermeidliches Charakteristikum dieser schweren Zeit, daß methodische Meinungsverschiedenheiten auch zwischen solchen entstehen, wachsen und sich verschärfen, die im Grundsätzlichen gleicher Gesinnung sind ..."

- Die 565 Nummern umfassende Dokumentation beginnt mit dem Erlaß des Kapitularvikars von Münster über die Ernennung des Pfarrers von St. Lamberti, Clemens August Graf von Galen, zum Bischof von Münster und endet mit der Trauerpredigt von Kardinal Frings am 28. März 1946.

In dieser Zeitspanne spielen sich die wechselvollen Ereignisse ab, die den Bischof von Münster zu einem der profiliertesten Oberhirten Deutschlands während der Nazidiktatur machten.

Freilich muß man sich bei aller Wertschätzung des unerschrockenen Bekennerbischofs davor hüten, ihn gegen andere Oberhirten dieser Jahre ausspielen zu wollen, eine Versuchung, der allzu viele immer wieder erliegen. Dafür waren die örtlichen Voraussetzungen wie auch Herkunft, Werdegang und Temperament der einzelnen Bischöfe zu unterschiedlich. Dem Bischof von Münster kam neben seiner Herkunft aus westfälischem Uradel noch seine hünenhafte Statur zugute, sowie die Tatsache, daß die Mehrzahl seiner Gläubigen damals noch ungebrochen und unbeugsam im katholischen Glauben verwurzelt war.

Dies zeigt sich ganz besonders, wenn auch nicht ausschließlich, im Kampf um das Kreuz 1936 in Oldenburg. Natürlich schmälern diese Umstände nicht die Verdienste des Bischofs. Jedoch gebieten Objektivität und Fairneß, diese Tatsachen nicht unbeachtet zu lassen. Die meisten anderen Bischöfe hatten den Kirchenkampf unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen zu führen. Man denke etwa nur an Bischof Sproll von Rottenburg, der lediglich wegen der Nichtteilnahme an einer Reichstagswahl bereits 1938 für die gesamte Dauer der

Naziherrschaft in die Verbannung mußte.

- Die Nazis hatten von dem als nationalkonservativ geltenden neuen Bischof wohl eine aus ihrer Sicht gedeihliche Zusammenarbeit erwartet. Man wußte, daß er von tiefster Ehrfurcht gegenüber dem greisen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg erfüllt, aber nicht gerade ein Freund des "liberalistischen" Weimarer Parteienstaates war.

Bei seiner Konsekration bildeten SA- und Stahlhelmsformationen in Uniform Spalier. Freilich hätte schon sein *Wahlspruch "Nec laudibus - nec timore"* darauf hinweisen können, daß man in ihm keinen willigen "Erfüllungsgehilfen" im Sinn des Regimes finden würde. So wurde er bereits 14 Tage nach seiner Inthronisation bei der Schulbehörde von Münster wegen deren unzulässigen Eingriffs in den Religionsunterricht vorstellig.

Und der Kampf für die Konfessionsschule, die im Reichskonkordat ausdrücklich garantiert war, und einen Religionsunterricht im Geist und Verständnis der katholischen Kirche, zog sich wie ein roter Faden durch seine Amtsführung.

Aus den vorliegenden Dokumenten geht eindrucksvoll hervor, vor welcher schwierige Entscheidungen damals die Bischöfe gestellt wurden. Selbst im Nachhinein ist oft schwer zu sagen, wie sie sich hätten verhalten sollen. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- Was sollte man zum Wunsch der Partei sagen, daß bei Veranstaltungen etwa der Hitlerjugend oder der Frauenschaft Priester religiöse (!) Vorträge halten sollten? Bot sich hier nicht die Chance, viele, die vielleicht überhaupt keinen Kontakt mehr zur Kirche hatten, zu erreichen, bei ihnen Verständnis für religiöse Fragen zu wecken und mit dem Gedankengut der Kirche vertraut zu machen? Aber bestand andererseits nicht die Gefahr, daß die Geistlichen als Lockvögel und Werbeträger benutzt würden? Konnte nicht der Eindruck entstehen, Parteiveranstaltungen würden gegenüber solchen katholischer Vereinigungen bevorzugt?

- Wie sollte sich der Bischof verhalten, wenn in Münster Theologiestudenten von der Universität zum Wehrsport und SA-Dienst (!) verpflichtet wurden. Wo lagen die Grenzen des gerade noch Zulässigen? Wann, wo und wie sollte oder mußte man auf Konfrontationskurs gehen?

Bei der Fülle der Dokumente muß man darauf achten, daß man selbst bei einem solch profilierten Nazigegner wie dem Grafen von Galen nicht einzelne Äußerungen aus dem Zusammenhang reißen darf. Sonst könnte man selbst ihn bisweilen der Sympathien für die Nazis verdächtigen.

- So, wenn er am 28. Januar 1934 auf der Führertagung der katholischen Arbeitervereine und Werkjugend sagte: "Mit heißem, vaterlandsliebenden Herzen stehen wir in diesem Kampf (um äußere Freiheit und Gleichberechtigung in der Völkerfamilie) hinter dem Führer, den Gottes Vorsehung auf seinen verantwortungsvollen Posten berufen hat."

Auch beim "Löwen von Münster" muß man auf das Gesamte seiner Äußerungen achten, um klar zu erkennen, wie kompromißlos er vom Gedanken durchdrungen war, zwar dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber noch mehr, Gott zu geben, was Gottes ist.

- Daß seine weltanschauliche Haltung über jeden Zweifel erhaben war, wurde sehr bald deutlich. Bereits am 6. April 1934 schrieb der Gauleiter, Reichsstatthalter und Ministerpräsident von Oldenburg und Bremen, Röver, an die Reichskanzlei, daß zwar auch in anderen Diözesen Hirtenbriefe verlesen würden, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzten, daß aber "der Hirtenbrief des Bischofs von Münster (vom Ostersonntag, dem 26.3.1934 gegen den 'Mythus' Rosenbergs und das moderne Neuheidentum die übrigen bei weitem an Schärfe übertrifft. Jeder Satz ist vom Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert."

Wenngleich die Predigten des Bischofs von erfrischender Deutlichkeit und nicht selten auch Schärfe gekennzeichnet waren, wußte er doch häufig seine Angriffe gegen die Irrlehren des Nationalsozialismus geschickt mit Worten des "Führers" oder anderer Parteigrößen zu verbinden. So, wenn er am 15.4.1934 in Billerbeck betonte: (Hitler) "hat als Reichskanzler in feierlicher Stunde erklärt, daß er das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsen-

grund des christlichen Glaubens stellen wolle. Das Vertrauen auf dieses Manneswort unseres Führers darf niemand erschüttern!"

- In Recklinghausen suchte er am 23.9.1934 in leidenschaftlicher Form eine Unterscheidung zwischen gottgesetzter Obrigkeit und Parteiideologie zu treffen. Er beklagte in dieser Predigt die Knebelung der kirchlichen Vereine und Organisationen, die durch das Reichskonkordat ausdrücklich garantiert waren und erklärte: "Wir stehen nicht in verneinender Opposition gegen den Staat, gegen die jetzige Staatsgewalt ... Treu deutsch sind wir, - wir sind auch treu katholisch!"

- Schon sehr bald gab es offene und versteckte Drohungen gegen den Bischof. Hierzu nahm er nach der sog. Großen Prozession am 8. Juli 1935 Stellung: "Ich weiß nicht, ob schon ein Bischof von Münster durch Drohungen sich hat abschrecken lassen, das zu tun und zu sagen, was er in Ausübung seines heiligen Amtes glaubte tun und sagen zu müssen ... Ich weiß nicht ... ob auch ich noch einmal gewürdigt werde, für den Namen Jesu Schmach zu leiden', nicht nur Mißkennung und Vorwürfe, sondern auch durch Beraubung der Freiheit, durch Mißhandlung und Leiden ..."

Bereits 1934 wurden ja Hetzlieder gesungen wie "Die alte Judenschande ist endlich ausgefegt, die schwarze Lügenbande hetzt wieder unentwegt ..." Man sprach schon damals von "schwarzem Schwein", "schwarzem Lumpenpack", "schwarzem Hetzkaplan" usw. - Schon sehr früh wurden Hirtenbriefe, Amtsblätter und Kirchenzeitungen von Kriminalpolizei oder Gestapo beschlagnahmt, wie Galen an den Innenminister Frick am 23. Juli 1934 schrieb.

Durch solche Maßnahmen wurde die Möglichkeit der deutschen Bischöfe, sich an ihre Gläubigen zu wenden und zu aktuellen Tagesfragen, die den christlichen Glauben berührten oder in Frage stellten, Stellung zu beziehen, stark eingeschränkt. Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München, schrieb hierzu am 13. August 1934: "Zur Zeit haben wir den Zustand der vollendeten Rechtlosigkeit, unter dem mit der Zeit alles zugrunde geht."

Schon sehr bald nach der "Machtergreifung" setzten ausgeklügelte Schikanen gegen die Kirche ein. So wollte man einen numerus clausus für Theologiestudenten einführen, die zwar das Reifezeugnis hatten, aber nicht die "Hochschulreife" zuerkannt bekamen. Für diese war der Oberpräsident nach Anhörung des Gauleiters (!) zuständig. Er überprüfte die "politische Zuverlässigkeit" des Antragstellers.

- Zahlreiche Maßnahmen der Machthaber drohten den christlichen Glauben zu gefährden und zu untergraben. Immer wieder mahnte Galen die Eltern, sich ihrer Pflicht bewußt zu sein, für die Erhaltung und Festigung des Glaubens ihrer Kinder zu sorgen. So bereitete das "Landjahr", von dem allein aus der Diözese Münster 30.000 Kinder betroffen waren, große Sorgen. Sie kamen nicht nach religiösem Bekenntnis getrennt, sondern gemischt zum Einsatz, um "die konfessionellen Gegensätze zu überbrücken". Ein entsprechendes Gesetz trat bereits am 1. April 1934 in Kraft.

- Im Mai 1935 wurde der Bischof mit einer Denkschrift an Hitler betraut, die Kardinal Faulhaber diesem am 30. August zusandte. Sie wurde niemals beantwortet. In diesem umfangreichen Schreiben suchte Graf von Galen Hitler mit dessen eigenen Worten zur Einhaltung jener Bestimmungen zu bewegen, die durch das Reichskonkordat einvernehmlich geregelt worden waren.

An sich gab es eine ganze Reihe von Grundsätzen, die ein gedeihliches Zusammenwirken von Kirche und Staat ermöglicht hätten. So hatte Hitler in "Mein Kampf" geschrieben:

"Dem politischen Führer haben religiöse Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politiker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt! Eine andere Haltung würde vor allem in Deutschland zu einer Katastrophe führen" (S. 127).

Und: "Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich in den Männern, die heute die völkische Bewe-

gung in die Krise religiöser Streitigkeiten hineinziehen, schlimmere Feinde meines Volkes sehe, als im nächstbesten international eingestellten Kommunisten" (S. 631).

- Galen schrieb in Anknüpfung an diese Worte:

"Wir sind überzeugt, daß diese programmatischen Worte Euer Exzellenz nach Ihrem Willen Richtschnur für die Haltung und das Wirken von Euer Exzellenz geschaffenen und geführten nationalsozialistischen Bewegung und aller ihrer Mitkämpfer sein sollen."

Bei aller Wahrung der Form gegenüber dem Staatsoberhaupt verweist er auf "die Bestrebungen jener, welche im Gegensatz zu Euer Exzellenz programmatisch festgelegten Willen die völkische Bewegung ... mit einem Kampf gegen den sog. 'Ultramontanismus', in Wirklichkeit gegen das Christentum, besonders gegen die katholische Kirche belastet haben."

Mit zahlreichen Belegen aus Parteischriften, Schulungsbriefen und Kernsätzen aus dem "Mythus", die den von Hitler geprägten Grundsätzen entgegenstanden und so zum Kampf gegen die Kirche führten, untermauerte er seine Worte.

- Gleich den anderen Oberhirten stand auch der Bischof von Münster immer wieder vor der Frage, wie man sich gegenüber einzelnen Maßnahmen der Regierung verhalten solle. Vieles, an das kaum jemand überhaupt nur gedacht haben dürfte, war nicht durch das Konkordat geregelt. So bestimmte das Reichsflaggengesetz vom 15.9.1935, daß selbst bei bestimmten Anlässen, die nicht das geringste mit der Kirche zu tun hatten - etwa dem Besuch des Chefideologen und geschworenen Feindes des Christentums, Alfred Rosenberg in Münster - auch auf kirchlichen Gebäuden, selbst auf den Gotteshäusern, die Hakenkreuzfahne zu hissen sei.

Auf Zuwiderhandlung stand Gefängnis oder Geldstrafe oder beides. Während der Kölner Metropolit, Kardinal Schulte, diese Frage für eher zweitrangig hielt, ging es dem Bischof von Münster ums Prinzip. Auch in anderen, wesentlich wichtigeren Fragen, war die Meinung der Bischöfe nicht immer einhellig, wie wir noch sehen werden.

Es konnte auch wohl kaum anders sein, da die Bedingungen in den einzelnen Diözesen sehr unterschiedlich waren. Was etwa in Münster keine Schwierigkeiten bereitete, war in Hamburg völlig undenkbar. Andererseits war es schon wegen der Gläubigen höchst wünschenswert, daß die Bischöfe einheitlich voringen.

Ein besonders wichtiges Zeitdokument stellen die Ausführungen von Galens auf der Dechantenkonferenz in Münster am 28.10.1935 dar.

Der Bischof sprach von den vielfältigen Versuchen, die Geistlichen in der Schule und auf der Kanzel zu überwachen, vom unheilvollen Einfluß des Biologieunterrichts, in dem Lehren vortragen wurden, die mit dem katholischen Glauben unvereinbar sind, von den verschiedensten Vorwänden, Priester aus den Schulen zu verdrängen, von der Hetze in den Schulen gegen die katholischen Jugendverbände, der fast gewaltsamen "Werbung" für die Staats-Hitlerjugend, obgleich deren Leitung und Schrifttum das Christentum scharf bekämpften, von zahlreichen Einschränkungen der katholischen Jugendarbeit, die dazu führte, daß katholische Jugendverbände für Kinder und Jugendliche nicht mehr attraktiv waren, von der Erziehung zu einer unchristlichen, ja christentumsfeindlichen Jugend.

Es bestand das Verbot der Doppelmitgliedschaft von "Arbeitsfront" und katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen. Wer aber nicht der "Arbeitsfront" angehörte, bekam keine Arbeit usw. Konnte es die Kirche verantworten, daß ihre treuesten Mitglieder um der Treue zu ihren Vereinen willen um Arbeit und damit Broterwerb kamen?

- Schließlich seine Frage, die heute nicht weniger aktuell ist als damals: "Sind unsere Gläubigen in ihrer Mehrzahl hinreichend religiös unterrichtet und geschult, um die verführerischen Irrlehren als solche zu erkennen und zurückzuweisen?"

(Man denke an die Jugendsekten und die Okkultismuswelle unserer Tage!) Sind sie so tief innerlich von der Treue zu Christus erfaßt und gestählt, daß sie unter jeder Bedingung entschlossen sind, gegebenenfalls 'Gott mehr zu gehorchen als den Menschen'?

- In seiner Ansprache vor den Dechanten verwies der Bischof auch auf das Versprechen Hitlers im Juni 1934 gegenüber den drei Bischöfen, die im Auftrag der Bischofskonferenz zusammengetroffen waren, jede Propaganda für die neuheidnischen Ideen zu untersagen. Wenn gleich dieses Versprechen auch nicht widerrufen worden sei, sei es doch nie erfüllt worden.

Graf von Galen, dem der Volksmund später nicht ohne Grund den Namen "Löwe von Münster" gab, sah sehr klar, daß man den Kampf mit der Regierung nicht leichtfertig herbeiführen dürfe. Zwar werde die Kirche kraft göttlicher Verheißung nicht untergehen, aber ein mit den damaligen Mitteln der Propaganda, des wirtschaftlichen Drucks usw. erneuerter Kulturkampf würde für die Kirche erheblich verlustreicher als zur Zeit Bismarcks. Der Kampf müsse stets gegen Irrtum und Lüge gehen, niemals aber gegen irrende Personen. Es gelte, die Gläubigen im Glauben froh zu machen.

- Man muß sich immer wieder an das erinnern, was der Bischof bereits 1935 sagte: Alle öffentlichen Kundgebungen der Kirche wurden mißtrauisch überwacht, alle nicht althergebrachten Glaubenskundgebungen wurden verboten. Die anfangs mehr sporadischen Verbote einzelner Hirtenbriefe und sonstiger bischöflicher Verlautbarungen führten im Lauf der Jahre schließlich weitgehend zur vollständigen Unterdrückung der kirchlichen Presse, trotz Artikels 4 des Reichskonkordats, der sie ausdrücklich garantierte.

Damit entfielen für die Bischöfe weitgehend die Mittel zur Unterweisung der Gläubigen und ihrer Festigung im Glauben. Allerdings wußte dennoch jeder Katholik, der es mit seinem Glauben ernst nahm, wie die Kirche zu den verschiedenen Maßnahmen des Staates stand.

- Bei der schon sehr früh einsetzenden Überwachung der Predigten kam es nicht selten zu Entstellungen, weil einzelne Sätze aus dem Zusammenhang gerissen wurden, der Spitzel etwas nicht richtig verstanden hatte usw.

Peter Löffler hat dies mittels einer Konkordanz der tatsächlichen Ansprache des Bischofs vom 13. Juli 1935 (nach der sog. Großen Prozession), des Berichtes der Gestapo Münster sowie der Gauleitung Westfalen-Nord dokumentiert. Um unnötige Mißverständnisse zu vermeiden, machte das kirchliche Amtsblatt vom 1.10.1936 darauf aufmerksam, daß der Abdruck eines Hirtenschreibens gestattet sei, jedoch nur bei Wiedergabe des ganzen unverkürzten Wortlauts. Genau wie in seiner Denkschrift für Hitler appellierte der Bischof auch bei seinen Eingaben, Beschwerden und Denkschriften immer wieder geschickt an die Vertragstreue der Machthaber und berief sich auf Worte und Zusagen der verschiedenen Parteigrößen.

Allein 83 x wandte er sich an höchste Würdenträger wie Gauleiter, Minister und Oberpräsidenten, 6 x an Hitler persönlich. Freilich war letzten Endes alles vergebens. Immer wieder mußte er, genau wie der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, erfahren, daß er überhaupt keine Antwort erhielt oder seine Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen wurden.

Dies alles muß man berücksichtigen, wenn man jene Zeit und das Verhalten von Kirche und Bischöfen während des Dritten Reichs gerecht beurteilen will. Hier dürfte auch einer der Gründe dafür liegen, daß sich Graf von Galen, wie andere Bischöfe auch, innerhalb des Konkordatsbereichs bewegte. Waren schon die Bemühungen auf diesem völkerrechtlich abgesicherten Gebiet zum Scheitern verurteilt, was konnten die Bischöfe dann erhoffen, wenn sie sich für außerkirchliche Belange einsetzten?

- So gibt es etwa unter den Dokumenten keinen einzigen Hinweis auf die Vorgänge um die "Reichskristallnacht", wenngleich andererseits feststeht, daß sich der Bischof von Münster, wie andere Bischöfe auch, so vor allem Kardinal Innitzer in Wien, Graf von Preysing in Berlin und Erzbischof Gröber in Freiburg, für verfolgte Juden eingesetzt hat. Freilich erfolgte diese Hilfe nicht in der spektakulären Weise, wie sie heutige Zeitgenossen erwarten, die eine Diktatur nur aus Büchern oder oft sehr einseitiger Mediendarstellung kennen, sondern im Verborgenen.

Der Historiker Rudolf Morsey - der auch dieses Dokumentarwerk redaktionell betreute – wies daraufhin, daß Graf von Galen während des Krieges auch für die Juden öffentlich das Wort ergreifen wollte. Aber "auf ausdrückliche Bitten von Vertretern der münsterischen Judentum" sah er hiervon ab, "um deren Lage nicht zu verschlechtern." (Die Welt, 2.5.1987)

- Der anonyme Brief eines Juden, der etwa Mitte September 1941 geschrieben wurde, rühmt "mit größter Bewunderung" den "Heldenmut" des Bischofs und schließt mit dem Wunsch "Gott segne Sie!"

Und wie die Synagogengemeinde von Köln den Tod "des auch von uns so verehrten mutigen Kämpfers für die Menschlichkeit" betrauert, rühmt der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden der Nordrhein-Provinz in seinem Kondolenzschreiben den Kardinal als einen "der wenigen pflichtbewußten Männer, der den Kampf gegen den Rassenwahn in schwerster Zeit geführt hat."

- In ihrem Hirtenbrief vom 12.9.1943 hatten sich alle deutschen Bischöfe gegen die "in sich schlechte Tötung an schuld- und wehrlosen Geistesschwachen und -kranken, an unheilbar Siechen und tödlich Verletzten, an erblich Belasteten und lebensuntüchtigen Neugeborenen, an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegsgefangenen oder Strafgefangenen, an Menschen fremder Rassen und Abstammung" gewandt.

Wenn heute vielfach behauptet wird, die Bischöfe hätten sich nicht klar ausgedrückt, so war man damals jedenfalls nicht so begriffsstutzig, wie etliche Parolen der Nazis zeigten: "Pfaff und Jud - eine Brut!" Und im Reichsbahnausbesserungswerk München-Freimann prangte der schöne Spruch:

"Wann wird der Menschheit Heil geschaffen? Wann wird die Welt zum Licht geführt? Wenn mit dem Darm des letzten Pfaffen - Der letzte Jud erdrosselt wird!"

Der Kampf gegen die Rasseideologie gehörte seit Beginn seines Pontifikats zu den am häufigsten behandelten Themen des Bischofs. Bereits in seinem Hirtenbrief vom 26. März 1934 hatte er sich mit Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" auseinandergesetzt, einem krausen Gemisch germanophiler Phantastereien und platten Angriffen auf das Christentum, insbesondere die katholische Kirche. Hierzu gehörte schon damals großer Mut, denn der "Mythus" wurde zwar offiziell als Privatarbeit hingestellt, bildete aber in Wirklichkeit neben Hitlers "Mein Kampf" die ideologische Richtschnur für die Schulung im nationalsozialistischen Geist, der die Überlegenheit der arischen Rasse beweisen sollte.

- Im Lauf der Jahre steigerte sich mehr und mehr die Gewissensnot des Bischofs, die in einem Brief an Bischof Berning von Osnabrück vom 26.5.1941 ihren beredten Ausdruck fand. Nachdem von Galen einige Gewaltakte der Nationalsozialisten aufgezählt hatte, schreibt er dann weiter:

"Die angeführten Tatsachen zeigen wieder einmal, welch blindem Haß und welchem willkürlichen Mißbrauch der Macht wir gegenüberstehen ... Es scheint mir nachgerade höchste Zeit zu sein, daß wir einmal in einer gemeinsamen Besprechung uns darüber klar und einig werden, ob wir die Fortführung des uns aufgezwungenen Abwehrkampfes in der bisherigen, fast ganz passiven Weise noch verantworten können.

Die Kriegszeit legt uns zwar Zurückhaltung nahe. Aber (es) ... ist doch die Frage zu prüfen, ob nicht gerade die Liebe zur gesunden Entwicklung unseres Volkslebens uns als deutsche Männer bestimmen muß, freimütig und öffentlich für die Wahrung von Recht und Freiheit einzutreten ... (Nach Anführung weiterer Rechtsbrüche der Nazis fährt er fort:)

Auch ich habe dieses, wie vieles andere, bisher ohne öffentlichen Protest hingenommen. Ich habe mein Gewissen immer wieder damit zur Ruhe gebracht, daß ich mir sagte: Wenn der Kardinal Bertram und so viele andere Bischöfe, die an Alter, Erfahrung und Tugend mir überlegen sind, bei all dem ruhig bleiben und sich mit den papiernen und wirkungslosen, der Öffentlichkeit unbekanntem Protesten des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz begnü-

gen, dann wäre es anmaßend, ... vielleicht auch töricht und verkehrt, wenn ich durch eine 'Flucht in die Öffentlichkeit' mich vordrängen und möglicherweise sogar noch brutalere Maßnahmen gegen die Kirche provozieren würde ..."

- Nur wenige Wochen später folgten dann die drei berühmten Brandpredigten, die den Bischof weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt machten. Die Predigten vom 13. und 20. Juli sowie vom 3. August 1941 bildeten zwar die Höhepunkte im Kampf des Bischofs gegen Willkür und Rechtsbrüche der Machthaber und für die ungeschmälerte Freiheit der Glaubensverkündigung, aber sie waren nur die Konsequenz seines unbeirraren Einsatzes für Recht und Menschenwürde.

In der ersten dieser Predigten klagte er die Beschlagnahme von Klöstern an und beschuldigte Partei- und Staatsorgane der rücksichtslosen Unterdrückung der religiösen Freiheit.

In bewegten Worten sprach er von "abgründlichem Haß gegen das Christentum, das man ausrotten möchte." Frontal griff er sodann die damals am meisten gefürchtete Institution an:

"Der physischen Übermacht der Geheimen Staatspolizei steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber. Völlig wehrlos und schutzlos! ... Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Geheimen Staatspolizei eingesperrt wird.

Ich bin mir darüber klar: das kann auch heute, das kann auch eines Tages mir geschehen. Weil ich dann nicht mehr öffentlich sprechen kann, darum will ich heute sprechen, will ich öffentlich warnen vor dem Weiterschreiten auf einem Wege, der nach meiner festen Überzeugung Gottes Strafgericht auf die Menschen herabrufft und zu Unglück und Verderben für unser Volk und Vaterland führen muß ..."

- Geschickt machte er sich in dieser gewagten Predigt die Worte zu eigen, die der damalige Generalgouverneur Dr. Frank, der nach dem Krieg für seine Verbrechen in Polen hingerichtet wurde, im Februar 1941 in der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht geschrieben hatte:

"Wir wollen jene solide Ausgeglichenheit der inneren Ordnung, die das Strafrecht nicht umkippen läßt in die absolute Autorität staatsanwaltlicher Verfolgungsmacht gegenüber einem von vornherein verurteilten und jeglicher Verteidigungsmittel beraubten Angeklagten ... Das Recht muß dem einzelnen die legale Möglichkeit zur Verteidigung, zur Aufklärung des Tatbestandes und damit zur Sicherung gegen Willkür und Unrecht bieten ... Sonst sprechen wir besser nicht von Strafrecht, sondern nur von Strafgewalt ... Es ist unmöglich, das Rechtsgebäude zugleich mit einer völlig verteidigungslosen Verdammung zu kombinieren ..."

- Gleich dem Minister Frank sei er sich bewußt, daß er berufen sei, "als Bischof, als Verkünder und Verteidiger der von Gott gewollten Rechts- und Sittenordnung ... die Autorität des Rechts mutig zu vertreten und eine verteidigungslose Verdammung Schuldloser als himmelschreiendes Unrecht zu verurteilen!" Die Predigt schloß, wie so oft, mit einem Gebet "für unser deutsches Volk und Vaterland und seinen Führer". (Hoffentlich ziehen die "Freunde" unserer Kirche hieraus nicht den Schluß, der Bischof sei ein Nazi gewesen.)

- In der Predigt vom 20. Juli gebrauchte der Bischof das einprägsame Bild von Hammer und Amboß: "Wir sind in diesem Augenblick nicht Hammer, sondern Amboß. Andere, meist Fremde und Abtrünnige, hämmern auf uns, wollen mit Gewalt unser Volk, uns selbst, unsere Jugend, neu formen, aus der geraden Haltung zu Gott verbiegen ... Der Amboß kann nicht und braucht auch nicht zurückzuschlagen, er muß nur fest, nur hart sein! Wenn er hinreichend zäh, fest, hart ist, dann hält meistens der Amboß länger als der Hammer!"

Am 3. August prangerte er in St. Lamberti, seiner alten Pfarrkirche, die Euthanasieverbrechen an.

Angesichts hunderttausendfacher Abtreibungen bei uns und einem starken Trend, Unheilbare, Alte und Schwerbehinderte zu "erlösen" - vgl. die Morde in den Krankenhäusern von Wuppertal und Wien-Lainz - sind seine Worte auch heute noch von höchster Aktualität, denn "wenn einmal zugegeben wird, daß Menschen das Recht haben, unproduktive Menschen zu töten - und wenn es jetzt zunächst auch nur arme, wehrlose Geisteskranke trifft -, dann ist grundsätzlich der Mord an alten unproduktiven Menschen, also an den unheilbaren Kranken, den arbeitsunfähigen Krüppeln, den Invaliden der Arbeit und des Krieges, dann ist der Mord an uns allen, wenn wir alt und altersschwach sind und damit unproduktiv werden, freigegeben. Dann braucht nur irgendein Geheimerlaß anzuordnen, daß das bei Geisteskranken erprobte Verfahren auch auf andere 'Unproduktive' auszudehnen ist, daß es auch bei den unheilbar Lungenkranken, bei den Altersschwachen, bei den Altersinvaliden, bei den schwerkriegsverletzten Soldaten anzuwenden sei.

Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher ... Es ist nicht auszudenken, welche Verwilderung der Sitten, welches allgemeines gegenseitiges Mißtrauen bis in die Familien hineingetragen wird, wenn diese furchtbare Lehre geduldet, angenommen und befolgt wird. Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volke, wenn das heilige Gottesgebot:

"Du sollst nicht töten" ... nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar geduldet und unbestraft ausgeübt wird!"

- Einige Tage zuvor hatte der Bischof dem Landeshauptmann von Westfalen in dieser Frage geschrieben: "Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, daß diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden; daß man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sog. 'lebensunwertes Leben' vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert."

Der Landeshauptmann erklärte zynisch, er werde sich vom Brief des Bischofs nicht irgendwie beirren lassen. Die (Vernichtungs-)Aktion sei in Westfalen in flottem Fortschreiten und in etwa 2-3 Wochen beendet. Am 28.7.1941 hatte Galen beim Polizeipräsidenten von Münster formell Anzeige wegen Mord erstattet. Beide Schritte erfolgten also eindeutig vor der Euthanasiepredigt.

- Uns Heutige erfüllen der Mut und die Unerschrockenheit des Grafen von Galen in seinem Kampf gegen das Unrecht nicht weniger mit Bewunderung als die Menschen damals. Dennoch, man muß leider einräumen, daß sie letztlich nichts bewirkten. Zwar befahl Hitler am 24. August 1941 die Einstellung der Euthanasie, doch wurde sie unter größerer Geheimhaltung, nunmehr dezentralisiert, fortgeführt. Der einzig wirkliche äußere Erfolg war der Kampf für das Kreuz 1936 in Oldenburg.

Die Reaktion auf die Predigt vom 3. August war ungeheuer. Hohe Parteifunktionäre forderten, dem Bischof einen Schauprozeß zu machen und anschließend in Münster öffentlich zu hängen. Doch Goebbels erkannte klar, daß man die Bevölkerung von Münster, ja ganz Westfalens, für die Dauer des Krieges abschreiben müsse. Aber nach dem Kriege solle abgerechnet werden.

Nach der Besetzung Sendenhorsts am Karsamstag 1945, wo der ausgebombte Bischof Zuflucht gefunden hatte, bewahrte dieser gegenüber den Alliierten dieselbe würdige Haltung wie einst gegenüber den Nationalsozialisten. Mit Leidenschaft wandte er sich gegen die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes.

Das führte in Exilkreisen zu mancher Irritation. Thomas Mann fühlte sich bemüßigt, vom unerschrockenen Bekennerbischof, der nicht in der Geborgenheit des Exils, sondern unter ständiger Bedrohung durch die braunen Machthaber den Kampf gegen Unrecht und Mißachtung der Menschenwürde geführt hatte, als einem "unbelehrbaren Geistlichen" zu sprechen. Die Emigrantenzeitung AUFBAU sprach im April 1945 von ihm als einem antihitlerischen Hitle-

rianer.

- Doch die deutsche Bevölkerung, die zusammen mit Graf von Galen die furchtbaren Belastungen und Kämpfe der Nazidiktatur an vorderster Front durchgestanden hatte, sah in ihm den "Löwen von Münster". In ihren Augen wuchs die Gestalt des großen Bischofs geradezu zum Pater Patriae, der sich mit ganzer Kraft für die Menschen einsetzte. An sich zu Recht erwartete man, daß er mit seiner Fürsprache bei den Alliierten nahezu alles Menschenmögliche erreichen werde.

Aber ein wenig ernüchert schrieb er seinem Bruder Franz: "Leider ist mein Einfluß gleich Null."

- Als Graf von Galen am 23. Dezember 1945 zum Kardinal erhoben wurde, sollte diese Auszeichnung - in der 1.100jährigen Bistumsgeschichte einmalig - vor aller Welt ein unübersehbares Zeichen für die außerordentliche Wertschätzung sein, mit dem Papst Pius XII. die tapfere Haltung der meisten Katholiken dieses Bistums und vor allem seines Oberhirten würdigen wollte.

Als die 32 neu ernannten Kardinäle am 21. Februar 1946 zur feierlichen Überreichung des Roten Hutes in die Peterskirche einzogen, steigerten sich die Ovationen für den "Conte de Galen" zu einem Triumph. Alle Welt sah in ihm den Repräsentanten des "anderen Deutschland", der sein Knie nicht vor Baal gebeugt hatte. Doch nur wenige Tage danach, am Nachmittag des 22. März wurde er von Gott heimgerufen.

In seiner Trauerpredigt sprach Kardinal Frings aus, wovon gewiß alle anständigen Deutschen zutiefst durchdrungen waren: "Solange es ein Bistum Münster gibt, wird man Kardinal Galen mit Stolz nennen als die Zierde des Münsterlandes.

Solange es Geschichte des deutschen Volkes gibt, wird man ihn als der Idealsten einen, als den Stolz Deutschlands nennen."

Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946, Band I und II. Bearbeitet von Peter Löffler. Reihe A: Quellen. Band 42 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. 1988. ... <<

22.12.1989

Ost-Berlin: In Ostberlin wird am 22. Dezember 1989 das Brandenburger Tor geöffnet.

24.12.1989

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker zitiert am 24. Dezember 1989 während seiner Weihnachtsansprache im Jahre 1989 einen Brief des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik, Václav Havel (x075/281-282): >>... Ich persönlich – ebenso wie viele meiner Freunde – verurteile die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg. Sie erschien mir immer als eine zutiefst unmoralische Tat, die nicht nur den Deutschen, sondern vielleicht in noch größerem Maße den Tschechen selbst Schaden zugefügt hat, und zwar moralisch als auch materiell. Auf Böses wiederum mit neuem Bösen zu antworten, bedeutet, das Böse nicht zu beseitigen, sondern es auszuweiten.<<

Dezember 1989

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Dezember 1989 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 (x853/...): >>**Politische und ideologische Interessen an der Alleinschuldthese**

Folgende Behauptungen des Politologen Theodor Eschenburg wurden in der Nachkriegszeit und verstärkt bis heute zu einem tabuierten Credo erhoben:

"Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik."

Also jenseits der historischen Wahrheit hochpolitisch. Wahrheitsenthobene Alleinschuldaner-

kenntnis, Buß- und Demutsgebärden nebst endloser Schuld-Milliarden-Zahlungen als Staatsräson der Bundesrepublik, keineswegs der DDR, die vielmehr durch Menschenhandel und Dauer-Milliarden-Tribute zu - kündbaren - "menschlichen Erleichterungen" bewegt (subventioniert) werden soll. Eine Art "Hilfe", die auch nach der Öffnung der Mauer- und Todes-schußgrenzen weiter empfohlen wird.

Was nun Eschenburg anlangt, so schreibt das Lexikon "Prominente ohne Maske" (Hrsg. von Dr. Gerhard Frey, FZ-Verlag München 1984) S. 121 ff. "Führender Umerzieher in Deutschland. Geboren 1904 in Kiel. In der Weimarer Zeit gehörte er der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei an, die beide gegen die Versailler Kriegsschuldfrage Sturm liefen. Nach dem Dritten Reich, in dem er als Geschäftsführer in Industrieverbänden zum "Endsieg" beitrug, sah er das Thema Kriegsschuld anders ... Er war SS-Mitglied.

Seine originelle Begründung: Er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch Eintritt in die SS entziehen wollen."

Inzwischen hat die von Eschenburg beiseitegeschobene fachhistorische Forschung die These von der deutschen Alleinschuld obsolet gemacht und Stück um Stück in Frage gestellt. ... Im "Historikerstreit" kam die Angst der Ideologie-Interessenten an der Gefährdung der Tabus ihres sie so außerordentlich - nämlich "moralisch" - begünstigenden Geschichtsbildes zum heftigen Ausbruch. So wurde dieser Streit mit den Fachhistorikern hochpolitisch und ideologisch zugleich. Denn die Linke nebst den entsprechenden Liberalen hatten mit ihrem primitiven "Antifaschismus" automatisch sich das moralische Gütesiegel angeheftet.

Der letzte lebende "Kirchenvater" der "Frankfurter Schule" und Chefideologe der 68-er Kulturrevolution Jürgen Habermas nennt nun die bösen Folgen der geschichtswissenschaftlichen Infragestellung dieses pseudomoralischen Geschichtskonstruktes beim Namen, "als er in der "Zeit" seinen Kontrahenten vorwarf, sie wollten den Deutschen "die Schamröte" austreiben, was dazu führen könne, daß "die nationalen Symbole ihre Prägekraft" wiedergewinnen könnten. Dadurch aber würde die "Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien" gefährdet und die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf die nationale Identität befördert, wodurch "der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet", nämlich der "Verfassungspatriotismus" in Gefahr gebracht würde." (Aus Hugo Wellems: Das Jahrhundert der Lüge. Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, ARNDT-Verlag Kiel, 1989, S. 15).

Im Dienste des abstrakten Kunstprodukts "Verfassungspatriotismus" soll also nationale Identität niedergehalten, durch "multikulturelle Gesellschaft" (= Hereinströmenlassen von Millionen von Scheinasylanten aus aller Welt) ersetzt und der jedem gesunden Volk eigene Zusammenhalt sowie gottgegebene spezifische Auftrag durch leicht vom Schreibtisch aus handhabbare "universalistische Prinzipien" denunziert und detruiert werden.

In diesen Tagen und Wochen wurde solch Geschichtskonstrukt übrigens von den elementar aufgebrochenen Zeugnissen der Zusammengehörigkeit der Deutschen durch die Ausreiseströme und die bewegende Wiederbegegnungsfreude mit Millionen deutscher Landsleute aus der DDR ad absurdum geführt.

"Das Dogma von der Singularität deutscher Verbrechen und von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg hat also eine rein politische Funktion als Waffe gegen eine Rekonstruktion der nationalen Identität der Deutschen. Da aber ein Volk ohne Identität nicht lebensfähig ist, wird die Bedeutung jener Historiker, die sich dem Eschenburg-Dogma entziehen, offenkundig" (H. Wellems). Die Perversion von historischen Schuldfragen zu Werkzeugen der Aufrechterhaltung ideologisch-politischer Machtinteressen, ihre Besetzung mit pseudomoralischen Tabus, ist in eine wohlverdiente tiefe Krise geraten.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 berichtet im Dezember 1989 über das Buch "1939. Deutsches Schicksalsjahr" des deutschen Historikers Alfred Schickel (x853/...): >>... Alfred Schickel führt den Leser in seiner Untersuchung ohne oppor-

tunistische Umwege direkt zu den Ereignissen des Jahres 1939 und schildert sie aus der Sicht der beiden Seiten.

Da kommen polnische und englische Politiker ebenso zu Wort und legen die Beweggründe ihres Handelns dar wie die Verantwortlichen in der Berliner Reichskanzlei. Da stößt der Leser bei den polnischen Führungszirkeln auf kaum geringere Kampfbereitschaft als bei den deutschen Akteuren. Da werden in Warschau erste Pläne von Menschenvertreibungen offenkundig und polnische Selbstüberschätzungen deutlich.

Das später gern als "überfallenes Land" bemitleidete Polen fiebert in den Worten seiner politischen und militärischen Führer gleichsam dem Waffengang mit dem westlichen Nachbarn entgegen und hatte im Frühjahr 1939 bereits ein nachmalig geteiltes Deutschland als Kriegsziel im Auge.

Daß man sich in Berlin nicht weniger selbstbewußt und siegesgewiß gab, ist nichts sonderlich Neues. Schickel vergißt es nicht zu erwähnen, ohne es freilich nach herkömmlicher Bewältigungsmanier über Gebühr breitzutreten. Er protokolliert vielmehr die beiderseitigen Aktivitäten und vermeidet voreingenommene Schlagseiten. Statt Allzubekanntes ein weiteres Mal zu wiederholen, zieht es Alfred Schickel vor, neue Dokumente auszuwerten und damit den Horizont der Ereignisse vor 50 Jahren wohlthuend zu erweitern.

- Er dokumentiert nicht nur die Kenntnis der amerikanischen Regierung vom Geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt anhand bislang ungewürdigter US-Akten, sondern geht mit Hilfe amerikanischer Botschaftsberichte auch der Frage nach, warum die Westmächte im Herbst 1939 den deutschen Vorschlag zum Friedensschluß ablehnten.

Bekanntlich war ja nach der Niederwerfung und Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht und die Rote Armee der von den Anglofranzosen am 1. September 1939 angegebene Kriegsgrund nicht mehr glaubwürdig, zumal sich die beiden Westmächte nur rhetorisch auf die Seite der Polen gestellt, ihnen aber nicht wirklich geholfen hatten.

Eingedenk seiner Erfahrungen als unorthodoxer Historiker, der nicht dem Zeitgeist nachläuft, sondern zu Forschungen in die Archive geht, beläßt es Schickel nicht bei bloßen Nachzeichnungen oder Behauptungen, sondern legt dem Leser für jede getroffene Aussage die dokumentarischen Beweise vor.

- So erhärtet er seinen Zweifel an den erklärten hehren Zielen der Engländer, nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen dessen "meineidiges Regime", wie Premierminister Chamberlain am 4. September 1939 verkündete, zu kämpfen, mit Akten aus der Roosevelt-Forschungsstelle, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die Briten im September 1939 zu den Waffen griffen, um eine deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent zu verhindern.

Alfred Schickel zitiert aus einem Geheimtelegramm des seinerzeitigen amerikanischen Botschafters in London, Joseph Kennedy (Vater des nachmaligen Präsidenten), vom 30. September 1939, in welchem dieses englische Kriegsziel unverhohlen festgestellt wird. Kennedy wörtlich in Schickels Buch:

"Natürlich ist es in Wirklichkeit so, daß England für seine Besitztümer und seinen Platz an der Sonne kämpft, genauso wie in der Vergangenheit ... ist es sicher Tatsache, daß die Engländer nicht gegen Hitler, sondern gegen die Deutschen kämpfen, gerade so wie vor 25 Jahren, weil 45 Millionen Briten, die die größte weitest ausgedehnte Seeherrschaft der Welt kontrollieren, und 80 Millionen Deutsche, die Kontinentaleuropa beherrschen, nicht gelernt haben, miteinander in Frieden zu leben ..."

Diese Aussage ist nicht die einzige, welche Alfred Schickel in seiner Arbeit dokumentiert und damit die voreilige Schuldzuweisung in Frage stellt; ein Gutteil seines Buches zeichnet sich durch solche schier unerhörten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse aus.

Zu ihnen gehören die fast unentwegten stillen deutschen Friedensinitiativen, die vom Oktober bis zum Dezember 1939 der französischen Regierung galten und vom Ministerpräsidenten

Daladier dem amerikanischen Botschafter Bullitt persönlich mitgeteilt wurden. Daladier ging auf diese Berliner Fühlungen zum Schein ein, um durch erbetene "Bedenkzeit" in Wahrheit die Deutschen hinzuhalten und einen Angriff der Wehrmacht im Herbst 1939 unwahrscheinlich zu machen. US-Botschafter Bullitt meldete diese Mitteilungen Daladiers seinem Präsidenten - und Schickel fand dieses Geheimitelogramm im Roosevelt-Archiv und fügt es seinem Buch im Anhang an.

Durch diesen dokumentarischen Anhang sichert der Autor nicht nur den Inhalt seines Buches zuverlässig ab, sondern gibt auch dem Fachkollegen wertvolles Material an die Hand.

Als Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt zeichnet Alfred Schickel durch eine solche Arbeitsweise nicht nur seine Institution mustergültig aus, sondern bewährt sich ein weiteres Mal als Geschichtswissenschaftler von Format und von Mut. ...<<

1989

BRD: Dr. Friedrich Zimmermann (1925-2012, damaliger Bundesminister des Innern) schreibt im Geleitwort der Bundesarchiv-Dokumentation "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48", die 1989 veröffentlicht wird (x010/9-10): >>Im Jahre 1969 erhielt das Bundesarchiv von der Bundesregierung der Großen Koalition den Auftrag, die vorliegenden Unterlagen im Hinblick auf die bei der Vertreibung verübten Verbrechen auszuwerten und einen Bericht vorzulegen.

Der 1974 fertiggestellte Bericht wurde seitdem von den Bundesregierungen der SPD-FDP-Koalition unter Verschluss gehalten. Dieses Verhalten stieß auf berechtigte Kritik.

Ich habe den Bericht deshalb nach meiner Amtsübernahme im Dezember 1982 zur wissenschaftlichen und publizistischen Benutzung im Bundesarchiv freigegeben. Damit sind dort alle dokumentarischen Zeugnisse über das Vertreibungsgeschehen der Öffentlichkeit zugänglich. ...

Eine verantwortungsbewußte Verarbeitung des Themas Vertreibung braucht den Vorwurf nicht zu scheuen, sie könne das Verhältnis zu anderen Staaten belasten und Entspannung verhindern. Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt? Nach meiner Überzeugung ist die Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens mit seinen schrecklichen Begleiterscheinungen im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung notwendig.

Vorgänge solchen Ausmaßes dürfen nicht aus dem Bewußtsein eines Volkes verdrängt werden. Findet eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht statt, die sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten läßt, so entstehen verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden. Damit ist niemandem gedient.

Die vorliegende Publikation bietet die Möglichkeit, sich über durch Zeugen belegte Vorgänge zu informieren. Sie eröffnet dem Interessierten den Weg zu vertiefter Beschäftigung mit einer Phase unserer Geschichte, die für Jüngere nun schon weit zurück und oft im Dunklen liegt.

Sie erinnert aber auch an die Achtung vor der Würde der Menschen, die stellvertretend für das ganze Volk die schwersten Folgen eines verbrecherisch angezettelten Krieges zu tragen hatten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt im Jahre 1989 in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x024/333-334): >>... Die Vertriebenen hatten vor allem in der Zeit, als um die Ostverträge gerungen wurde, stark unter ... (dem Sensationsjournalismus) zu leiden.

Die ablehnende Haltung vieler Vertriebener den Verträgen gegenüber wurde als "Kalt-Krieger"-Mentalität verteufelt. Der Gedanke, daß etwa ein Schwabe hier leichtern Herzens würde zustimmen können als ein Ostpreuße, wurde gar nicht erst bedacht. Durch solchen Journalismus wurde der Begriff "Vertriebener" geradezu anrüchig, obwohl dem Schicksal eines Vertriebenen – egal wo in der Welt – immer Mitgefühl entgegengebracht werden sollte.

Die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffen 1985 zeigte, daß der Umgang mit den Vertriebenen noch immer nicht differenziert ist, da selten unterschieden, vernünftig gewichtet und geurteilt, sondern pauschaliert und heillos übertrieben wird.

Solange noch Politiker und Journalisten Gräben zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen aufreißen, so lange ist noch nicht von einer vollkommenen Eingliederung zu sprechen. Dabei waren es doch gerade die noch immer verteufelten Vertriebenenfunktionäre, die die großartige Haltung der Vertriebenen wesentlich beeinflußt haben. Hätte nur einer von ihnen zu Haß und Gewalt aufgerufen, wäre vielleicht alles anders gekommen. Aber kein einziger deutscher Vertriebener hat zu Gewalt gegriffen, es gab keine einzige terroristische Aktion. Kein Flugzeug wurde entführt, keine Geisel genommen.

Die Bekundung des Willens der Vertriebenen geschah ausschließlich mit Worten. Unter ihnen gibt es keinen "Revanchismus". Wer es ihnen laufend vorwirft, gibt damit eigentlich nur zu, daß es eigentlich Anlaß für eine solche Haltung gäbe. Wenn vertriebene oder nichtvertriebene Deutsche gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen sind (25 %), so sind dies damit noch lange keine Revanchisten.

Aus polnischer und sowjetischer Sicht könnte man sie allenfalls als Revisionisten bezeichnen, wie sie auf eine Revision dieser Grenze im Rahmen eines Friedensvertrages hoffen. Es sind Leute, die auf völkerrechtlich nie widerrufenen Verträge pochen und sich nicht durch die "normative Kraft der Geschichte" das Recht beugen lassen wollen.

Aus dieser Haltung kann man aber keinen "Revanchismus" ableiten, wie es die Sowjetunion und Polen tun. "Revanchisten" muß es aber in der Bundesrepublik Deutschland geben, weil der Ostblock diesen Popanz braucht. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Theologe Dr. Samuel R. Külling (1924-2003) berichtet im Jahre 1989 über die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"

(x914): >>**Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit**

Entsprechen die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" biblischen Forderungen?

Man preist heute, nach 200 Jahren, die Proklamation der unveräußerlichen Menschenrechte der Menschenrechtserklärung der französischen Revolution 1789: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".

Entsprechen diese Forderungen wirklich denen der Bibel und gehören sie zur göttlichen Schöpfungsordnung? Hier besteht weitgehend, auch bei bibeltreuen Christen, große Unklarheit. Darum sollen die drei Begriffe untersucht werden. Ich beginne mit der Gleichheit:

1. Gleichheit

Wie verhängnisvoll sich die Proklamation von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf Gleichheit auswirkt, zeigt der heutige **Feminismus**. Gott hat z.B. Mann und Frau **ungleich geschaffen**; also ist dies **seine Schöpfungsordnung** und alle **Gleichheitsideologie** in dieser Hinsicht ist nicht von Gott, sondern von unten. Wir merken ihre negativen Auswirkungen bereits heute in der Politik und werden sie noch deutlicher erkennen in der Zukunft, wenn sie vielleicht nicht mehr zu ändern ist.

Wir haben die negativen Auswirkungen der Gleichheitsideologie der französischen Revolution bereits einmal bei der Frage des neuen Eherechts besprochen und damals gesagt: "Zugunsten der Gleichheitsansprüche wird die Gemeinschaft der Ehe geopfert. Zwischen Gleichheits-

ansprüchen zweier unabhängigen Partner und der Gemeinschaft der Ehe gibt es nur ein Entweder - Oder."

Gott hat auch jeden Menschen **ungleich** geschaffen. Also ist der Ruf nach Gleichheit aller Menschen unbiblisch. "Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als unterschiedliche Wesen identisch zu behandeln", sagte Montesquieu zu recht. Er schreibt: "Diese Unterschiede ignorieren oder aufheben wollen heißt, gegen das Wesen der Dinge angehen, heißt, der Ideologie weichen." Gewiß sind wir nicht gegen das Prinzip: "Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz".

Aber dieses Prinzip der "Gerechtigkeit" kann leicht zu neuer Ungerechtigkeit führen, wenn man nicht vom biblischen Menschenbild ausgeht. Und dies tat die französische Revolution nicht. Sie ging nicht von einem dem Schöpfungswerk entsprechenden vielfältigen, individuell ganz unterschiedlichen (jedes nach seiner Art) Menschenbild aus, sondern von einem uniformen, gleichgeschalteten. Gleichheit bedeutet für sie darum einheitliche Denk-, Glaubens- und Verhaltensweise. Und das ist eine der göttlichen Schöpfung radikal widersprechende Gleichheitsideologie. Dieses unbiblische Verständnis von Gleichheit zeigte sich besonders deutlich den Juden gegenüber.

Wohl wurden, besonders durch den Einfluß des radikalen Revolutionärs Robespierre, am 27. September 1791 zum ersten Mal in der Geschichte der Juden im Exil in Europa die Juden rechtlich den Nichtjuden gleichgestellt. Das hieß aber für die Juden, ihre Judentum weitgehend aufzugeben. Sie sollten nicht mehr als religiöse Minderheit mit eigener Religion, Kultur und Sprache leben. "Die Juden wurden emanzipiert, weil sie Menschen, nicht weil sie Juden waren" (Daniel Gerson in Jüdische Rundschau Nr. 28, 1989). Dieses Gleichheitsverständnis bezog sich auch auf andere Minderheiten. Gleichheit hieß für sie Gleichschaltung, Aufgabe ihrer individuellen Überzeugungen. Das zeigt sich sehr deutlich bei einem anderen der proklamierten Menschenrechte, der Freiheit.

2. Freiheit

Die Freiheit der französischen Revolution war nicht die biblisch verstandene Freiheit. Diese Freiheit war absolut nicht die Freiheit von aller Sklaverei. Sie war gebunden an das uniforme Menschenbild der Revolution. Und das war ein **atheistisches Menschenbild**.

Freiheit, losgelöst von göttlicher Autorität, wird zur Tyrannei durch Menschen, wie Wilhelm Hahn ausführt: (Hahn Christliche Weltrevolution. Stehen wir vor einer Spaltung der Christenheit, in Rupert Hofmann, Verlag Regensburg 1987). "Der Mensch soll sein Schicksal und das der Menschheit in seine eigenen Hände nehmen und eine menschenwürdige, ideale Welt schaffen! Das Reich der Gerechtigkeit und des Glücks für alle Menschen, die alle gleich sind, läßt sich von Menschen auf dieser Welt erreichen."

"Welchen Fanatismus das Ziel der Menschheitsbeglückung hervorgebracht hat (von Robespierre bis Marx, von Lenin, Stalin bis hin zu Hitler oder Pol Pot und schließlich Ajatollah Khomeini) wird erhellt aus dem folgenden programmatischen Wort Robespierres: 'Die Triebkraft der Volksregierung ist in Friedenszeiten die Tugend. Sie ist in Zeiten der Revolution zugleich Terror und Tugend: Die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht. Er ist somit eine Emanation (Ausfluß) der Tugend'."

Darum war es auch gar keine echte Freiheit, auch wenn sie noch so lauthals verkündet wurde. Sie bestand in lauter Verboten, was die Glaubens und Gewissensfreiheit betrifft. Ist das etwa Freiheit, die nur mit neuen Verboten (christliche Feiertage und Feste, bestimmte religiöse Handlungen usw.) gepaart war, gegeben von Menschen, die von göttlicher Autorität nichts wissen wollten, sondern einer "Göttin der Vernunft" (Demoiselle Maillard) huldigten, oder die das Volk zum Gott machten?

Wen wundert es, daß schon in den ersten Jahren nach der Emanzipation (besonders 1793/94)

die jüdischen Gottesdienste meistens im Geheimen abgehalten werden mußten und es zu Verhaftungen von Rabbinern kam. Was ist das für eine Freiheit, wo nicht jeder nach seiner Überzeugung seines Glaubens leben kann?

3. Brüderlichkeit

Heute sollte man nach den Forderungen der Feministinnen "Schwesterlichkeit" sagen! Aber lassen wir den Ausdruck der Revolution stehen. Auch hier ist natürlich nicht an christliche Bruderschaft zu denken. Auch hier gibt es nur bedingte Brüderlichkeit.

Auch hier galten diejenigen, die die Gedankengänge und gottlosen Prinzipien der Revolution, ihr Bekenntnis ("die Existenz eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele") oder ihre ideologischen Kultfeiern usw. nicht guthießen, praktisch nicht als Brüder, sondern als unliebsame Außenseiter oder Fremdkörper im Staat, die man entweder als "quantité négligeable" (zu vernachlässigende Größe) überging oder gewaltsam zum Bruder machen wollte ("Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein"). Die Schreckensherrschaft Robespierres geschah sicher nicht im Sinn der Brüderlichkeit seiner Untertanen!

4. Was sagt die Bibel?

Aus obigen Darlegungen ist hervorgegangen, daß die französische Revolution mit ihrer Proklamierung von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" etwas anderes meinte als die Bibel und darum nicht christliche Begriffe oder Werte durchgesetzt hat. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann natürlich nur sehr beschränkt und lückenhaft darauf eingegangen werden, was wir von der Bibel her zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu sagen haben.

a) Freiheit

Nach der Bibel gibt es keine absolute Freiheit. Als das Volk Israel von der Knechtschaft in Ägypten befreit wurde, kam es zum Sinai, wo es lernen sollte, sich an das Gesetz Gottes zu binden. In Römer 6,15-7,6 sagt Paulus, daß der Gläubige freigemacht wurde von der Sünden-knechtschaft, aber zugleich Knecht der Gerechtigkeit wurde. "Jetzt dagegen, wo ihr von der Sünde frei und Knechte Gottes geworden seid, habt ihr als eure Frucht die Heiligung und als Endergebnis das ewige Leben." (Römer 6, 22)

Dieser zentrale Vers sagt alles. Die Proklamation einer ziellosen, zügellosen Freiheit ist völlig unbiblisch. Die Bibel lehrt uns keine Freiheit von aller Sklaverei. Sie lehrt uns, daß wir entweder "Sklaven" der Sünde oder "Sklaven" Gottes sind. Es gibt nur dieses Entweder Oder. Als Knechte Gottes haben wir als Ziel die Heiligung (in diesem Leben) und als Endergebnis das ewige Leben. Wir sind nie absolut frei, also haben wir auch keine solche Freiheit zu verkündigen.

Luther sagte es in dem Paradox: "Der Christ ist ein freier Mann und niemandem untertan. Der Christ ist ein dienstbarer Knecht aller und allen untertan". Freiheit vom mosaischen Gesetz bedeutet nicht Zügellosigkeit, sondern Gehorsam Christi, Gebundenheit an das Gesetz Christi (1. Korinther 9, 21). Biblisch verstandene Freiheit ist nur möglich durch die neue Gebundenheit an den Geist Gottes und seine Leitung (Römer 8, 14). Freiheit muß ein Ziel haben (verherrlicht Gott mit eurem Leibe (1.Korinther 6, 20), sonst wird sie nur Menschenknechtschaft (1. Korinther 7, 23).

Da diese Freiheitsproklamation der französischen Revolution kein solches Ziel hatte, wurde sie nur zur neuen Gebundenheit an Menschengebote und -verbote. Sklaven des Verderbens können nicht wahre Freiheit verheißen (sie verheißen ihnen Freiheit, sind dabei aber selbst Sklaven des Verderbens; denn von wem jemand im Kampf überwunden ist, dem ist er auch als Sklave verfallen (2. Petrus 2, 19).

b) Gleichheit

Es gibt nach der Bibel nur eine Gleichheit, die für uns alle gilt, nämlich die von Römer 3, 10-19: Die ganze Menschheit ist dem Gericht Gottes verfallen! Und es gibt nur einen Heilsweg für uns alle: Die Gottes-Gerechtigkeit, die durch den Glauben an Jesus Christus für alle

da ist und an alle kommt, die da glauben (Römer 3, 22). Denn hier gibt es keinen Unterschied; alle haben ja gesündigt und bleiben unteilhaftig des Ruhmes, den Gott verleiht; so werden sie geschenkweise durch seine Gnade gerechtfertigt infolge der Erlösung, die in Christus Jesus begründet ist (Römer 3, 23-24).

Hier ist es angebracht von Gleichheit zu reden. Aber davon redet die französische Revolution nicht. Und die Gleichheit, die sie verkündet, gibt es, wie wir ausgeführt haben, nicht. Sie führt nur zu neuer Ungerechtigkeit im Namen eines unbiblischen Menschenverständnisses von Gleichheit.

c) Brüderlichkeit

Die Bruderschaft im biblischen Sinn ist nur möglich durch den Vater im Himmel ("Vater" ist etwas anderes als "die Existenz eines höchsten Wesens" von Robespierre). Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des Schafotts! Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des atheistischen Genossen! Gott möge uns verschonen vor einer Zwangsbruderschaft! Gott möge uns auch bewahren vor einer Zwangsschwesterschaft des Feminismus! Gott möge uns bewahren vor einer Bruderschaft, die keine ist! Die Bruderschaft der französischen Revolution, **die die Vaterschaft Gottes leugnete**, ist keine Bruderschaft.

Und diesen Vater in Jesus Christus hat die Revolution ausgeschaltet. Sie wollte "Brüder", ohne den "Meister" anzuerkennen (Matthäus 23, 8).

Ihr Bruderbild war nicht das der Bibel: "dem Bilde seines Sohnes gleich zu werden: dieser sollte der Erstgeborene unter vielen Brüdern sein (Römer 8, 19).

Reden wir also nicht mehr davon, die französische Revolution habe "christliche Rechte" durchgesetzt. Sie war weit entfernt davon.

Vertiefen wir uns mehr in die Bibel, um zu erfahren, was sie über "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" sagt.<<

USA: Dr. phil. Rudolf Witzel (1955-2013) berichtet über das öffentliche US-Bildungswesen im Jahre 1989 (x295/120): >>... Die Allgemeinbildung der Amerikaner und die Abbruchquoten beim Schulbesuch sind alarmierend. 1989 konnten 24 Millionen der erwachsenen Amerikaner die USA nicht auf einer Weltkarte ausfindig machen, 44 Millionen weder China noch den Pazifischen Ocean auffinden, jeder vierte Besucher einer High School verließ seit 1985 die Schule ohne Abschluß, und 25 % der Absolventen konnten weder richtig lesen noch schreiben.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den beiden am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen den Schwarzen und den Hispanics: Hier verlassen 40-45 % die Schule ohne Abschluß.

Diese letzte Zahl ist besonders besorgniserregend, weil sie das zunehmende Versagen der amerikanischen öffentlichen Schulen ("public schools") gerade in dem Bereich zeigt, der in der Vergangenheit ihre hauptsächliche Leistung ausmachte: die für alle Bevölkerungsgruppen und insbesondere für die Einwandererkinder bereitgestellte Grundausbildung. ...<<

Vietnam: Eine große deutsche Wochenzeitschrift berichtet im Jahre 1989 über das im Vietnamkrieg eingesetzte chemische Entlaubungsmittel "Agent Orange" (x068/347): >>Die Notstände gehen uns alle an ... Das Gift wirkt über Generationen hinaus. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Vietnamkrieg (x068/344-347): >>... Der Indochinakrieg wurde auch chemisch und biologisch geführt, mit den verschiedensten Giften, mit flüssigen Gasen und festen Gasen, mit Gasen, die sich erst beim Entströmen aus dem Behälter in Gase verwandeln. Mit massivem Einsatz von CN (Chloro-Acetophenon) zum Beispiel, von CS (Ortho-Chloro-Benzal-Malonitril), von DM (ein Chlorhydrat von Phenarsazin oder Adamsit). Nach vietnamesischen Angaben wurden 1963 durch sogenannte Entlaubungsmittel, Herbizide, 320.000 Hektar Land zerstört, 1964 schon 500.000, 1965 bereits 700.000 Hektar.

Eines der bekanntesten dieser Chemikalien war das in den sechziger Jahren in den USA entwickelte "Agent Orange". Mit Dioxin verseucht, mit hoch giftigen Substanzen, wurde es in solch ungeheueren Mengen zur Entlaubung des Dschungels, zum systematischen Ruinieren der Felder, der Dörfer eingesetzt, daß der US-Chemiewaffenhersteller Dow Chemical, Midland, bereits 1964 in "Lieferschwierigkeiten" kam. Da sprang ein deutsches Unternehmen in die Bresche, der Chemie-Konzern Ernst Boehringer, Ingelheim.

An der Spitze dieses Unternehmens aber stand seinerzeit der spätere Präsident des Evangelischen Kirchentages und ehemalige Präsident der Bundesrepublik Deutschland Dr. Richard von Weizsäcker - keine wichtige Entscheidung fiel ohne ihn. Der deutsche Waffenproduzent half dem amerikanischen Chemiewaffenhersteller Dow Chemical aus, er lieferte ihm "ein modernes Verfahren zur Herstellung von Zutat für den Kampfstoff Agent Orange". Und je mehr Boehringer-Gift auf Vietnam niederging, desto mehr stieg Boehringer in Ingelheim auf. "So lange der Vietnam-Krieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten", beschrieb man optimistisch die Lage in der Firma.

"Tatsächlich ging unter Weizsäcker die Weiterentwicklung des Hauses Boehringer steil nach oben. Der offizielle Hauptlieferant für 'Agent Orange', Dow Chemical in Midland/Michigan, lobte den 'großartigen Kooperationsgeist', den der Boehringer-Konzern zeigte."

So steht in der Strafanzeige des früheren Mannheimer Amtsgerichtsdirektors Rudolf Deichner vom Dezember 1989 gegen Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker wegen "Beteiligung an Völkermord" und anderen Straftaten, in einer Anzeige, die seitdem deutsche Staatsanwaltschaften, eher weniger als mehr, darf man vermuten, beschäftigt.

Tanker auf Tanker mit "Agent Orange" wird in den sechziger Jahren ins Mekongdelta verschifft und dann das Gift, Millionen Tonnen Gift ... über Hinterindien versprüht, auf Vietnam, Laos, Kambodscha verregnet, aus B-52 oder C-123 und C-130 Bombern, aus Hubschraubern, Transportmaschinen.

Bei gutem Wetter und nur leichtem Wind fliegen diese Maschinen mit Aufklärer und Begleitschutz in den schönen Stunden von Sonnenaufgang bis acht oder neun Uhr in etwa hundert Meter Höhe über das Land und verteilen das Gift, den deutschen Beitrag, die Gottesgabe aus Ingelheim am Rhein, von "C. H. Boehringer Sohn Weizsäcker", weithin über Dschungel und Obstplantagen, über Ackerland und dicht besiedelte Gebiete, über Hunderte von Dörfern, über Reis und Mais, Zuckerrohr und Maniok, über Kartoffeln, Wassermelonen, Bananenstauden, Pfeffersträucher.

Alles wird weithin vernichtet, verheert, die Ernten verdorren - ach ja, warum nicht wieder mal eine Aktion, eine Sammelaktion der Evangelischen Kirche BROT FÜR DIE WELT mit einem beeindruckenden Aufruf des Ex-Kirchenpräsidenten, des Bundespräsidenten jetzt, edelsouverän und mit markanter Mimik ...?

Oh, wir kennen sie, die schönen Reden, die alle protestantischen Studiendirektorinnen Deutschlands verzaubern: "Wir müssen teilen lernen" - "Jetzt ist eine unerhörte Gemeinschaftsleistung nötig" - "Die Notstände gehen uns alle an" - aber den einen vielleicht doch etwas weniger und den anderen doch etwas mehr, zumal einen Bundespräsidenten mit so großer Verantwortung? Und nicht so kleinem Vermögen? Oder meinen Sie nicht?

Gift? Ja, Millionen Tonnen auf das "Land des Südens" und die angrenzenden Länder. Gift, Gift. "Agent Orange" ... hinaus und hinab, auf den Ba Lai-Fluß, den Bin Hai-Fluß, den Re-Fluß, in Bäche und Kanäle hinein und fort mit dem Wind, die Fische infiziert, die Rinder, die Schafe, das Wild, gezählte und ungezählte Tausende von Tieren getötet. Büffel, Ochsen, Schweine kläglich zugrunde gerichtet. Und allein in zwei Jahren, von Mitte 1965 bis Mitte 1967 Hunderttausende von Menschen vergiftet, ihnen Lungenödeme angehängt, Magen- und Darmerkrankungen, Fehlgeburten, hohes Fieber, anhaltende Durchfälle - und Todesfälle auch, manchmal Frauen besonders, Kinder und Greise. "Zehntausende von Menschen wurden von

dieser chemischen Keule getötet."

Ja, wie wäre es mit einem Staatsbesuch, einer Good-will-Reise, nach Kambodscha vielleicht, Laos, Vietnam, fast friedliche Länder jetzt? Und Frieden doch auch zu Hause, Friedhofsruhe mitunter. Im endlich stillgelegten Chemie-Werk "C. H. Boehringer in Hamburg-Billbrook" zum Beispiel - "Krebs, Bronchitis, Selbstmord - Die Fabrik des Todes", mehr als 20 Selbstmorde unter den Mitarbeitern und über 130 "elendiglich an Krebs und Leukämie Verstorbene" - bis zum 6. Juli 1990.

Aber doch nicht nur dies daheim. Nein, auch ein beruhigendes Vermögen, relativ stattlich, in dreistelliger Millionenhöhe, allein bei Bosch ein 100-Millionen-Aktienpaket, und Beteiligungen auch anderwärts, man könnte sie nennen. "Wir müssen teilen lernen ..."

Aber auch Vorsorgen freilich für die Zukunft!

Nicht nur heute noch schrecklich verkrüppelte, behinderte Kinder, körperlich und geistig ruiniert. "Die Notstände gehen uns alle an ..."

"Agent Orange": "Das Gift wirkt über Generationen hinaus", so eine große deutsche Wochenzeitschrift 1989. Und noch lange wird es, wird er weiter wirken, weiter leben. "Agent Orange"-Folgen in vietnamesischen Glasbehältern: "menschliche Föten mit Zyklopendaugen, ohne Arme, ohne Beine, ohne Häuse, mit Riesenköpfen ..."

"Ich habe mir meinen Weg selber erarbeitet." So der Wegbereiter. Und das Allensbach-Orakel in christlicher Verbundenheit: "Kein Schatten auf dieser Gestalt."

Überrascht es?

Nun, ich hatte das, gedruckt schon, wenn auch in Kleinstauflage, alles in Händen. Doch schrieb ich dem Autor und erhielt unter dem 13.7.1992 "en prompte réponse: In Sachen v.W. bin ich nie juristisch belangt worden. Ich habe mir dieserhalb alle Mühe gegeben - siehe auch Anlage vom 8.4.92 - Schweigen im Walde. - In der Hauptkirche FHH am 3.10.91 auf 5 m Entfernung im Beisein von Bundesministern, Ministerpräsidenten, Staatssekretären usw. dreimal das Wort "Mörder" ins Gesicht (in Verbindung mit "Völker-", "Arbeiter-" und "Giftgas-") ... Die BRD hat einen Präsidenten - der das Forschen in seiner Vergangenheit fürchtet und dieserhalb eben auch juristische Schritte."<<